

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, Kl. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 17./Dezember 1957

Blatt 2530

## Jugendliche diskutieren über Gemeindeangelegenheiten

17. Dezember (RK) 60 Jugendliche Hörer des 1. Jahrganges der Lebensschulen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes statteten gestern abend dem Wiener Rathaus einen Besuch ab. Sie wurden von Bürgermeister Jonas im Namen der Stadtverwaltung begrüßt. Auf Wunsch der jungen Gäste informierte sie der Bürgermeister über die Grundlagen der demokratischen Gemeindeverwaltung. In einer zweistündigen Diskussion beantwortete er viele von den Burschen und Mädchen an ihn gerichtete Fragen über verschiedene kommunalpolitische Angelegenheiten.

- - -

## Franz Martin Haberditzl zum Gedenken

17. Dezember (RK) Am 19. Dezember wäre der bedeutende Wiener Kunsthistoriker und Fachmann des Musealwesens Dr. Franz Martin Haberditzl 75 Jahre alt geworden.

Er begann nach Absolvierung der Studien seine Laufbahn in der Kupferstichsammlung der Nationalbibliothek und wurde 1909 deren Leiter. 1915 erfolgte seine Ernennung zum Direktor der Österreichischen Galerie, deren drei Teile, Barockmuseum, Galerie des 19. Jahrhunderts und Moderne Galerie er einrichtete und eröffnete. Weiters veranstaltete er im Belvedere zahlreiche Sonderausstellungen und hielt sie in wertvollen Katalogen fest. Unter seinen wissenschaftlichen Arbeiten sind besonders erwähnenswert die Monographie über Carl Schindler, die Veröffentlichung über die Einblattdrucke des 15. Jahrhunderts in der Kupferstichsammlung der Nationalbibliothek und das große Werk "Handzeichnungen und Aquarelle der Österreichischen Galerie". Haberditzl trat 1938 von seinem Amt zurück und starb am 22. Jänner 1944.

- - -



Fortsetzung der Budgetberatungen im Wiener RathausKultur, Volksbildung und Schulverwaltung

17. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas nahm der Wiener Gemeinderat heute vormittag um 9 Uhr die Beratungen des Voranschlages 1958 der Bundeshauptstadt Wien wieder auf.

Stadtrat Mandl (SPÖ) referierte über das Kapitel Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung. An der Spitze seiner Ausführungen stellte der Referent den Leitgedanken der gesamten Arbeit des Kulturamtes: Erhalten - Fördern - Erziehen! Drei Tätigkeiten, die in ihrer oft wechselnden Bedeutung immer wieder aufs Neue gegeneinander abgewogen und gewertet werden müssen und die in ihrer Auswirkung selbstverständlich auch immer wieder der Kritik der Öffentlichkeit unterworfen sind.

Materielle Substanz und geistiges Erbe

Wien ist eine Stadt mit einem außerordentlich großen Kulturbesitz. Ich glaube, es ist den Wienern erst durch unsere Ausstellung "Wien - eine Stadt stellt sich vor" bewußt geworden, welche große Zahl kunsthistorisch wertvoller Frechtbauten und Denkmäler das Antlitz der Stadt formen. Ein kostbarer und einmaliger Besitz, den wir zu wahren haben. Wir werden in den nächsten Jahren alle zusammenhelfen müssen, um noch die letzten Reste des Verfalls in unserer Stadt zu beseitigen. Viel ist ja schon geschehen und ich möchte in diesem Zusammenhange die Leistungen des Bundes auf Wiener Boden nicht unerwähnt lassen. Aber auch die Stadt selbst hat an materieller Substanz erhalten, was nur möglich war. Ich erinnere nur an unsere Beihilfen zum Wiederaufbau des Stephansdomes und der evangelischen Schule auf dem Karlsplatz, an die Restaurierung so bedeutsamer Denkmäler, wie der Pestsäule am Graben, der Mariensäule auf dem Hof, des Mozart-Denkmal im Burggarten, des Austriabrunnens auf der Freyung, der "Spinnerin am Kreuz" und anderer mehr.

./.



Und systematisch werden nun auch die anderen Gebäude und Denkmäler restauriert.

Dabei ist es nicht nur die materielle Substanz, der wir unsere Pflege angedeihen lassen müssen, es ist auch das große geistige Erbe, das es zu betreuen gilt. Auch hier hat die Stadt ihren Beitrag geleistet. Die Stadtbibliothek, die drittgrößte Bibliothek Wiens, ist mit neuen Depots ausgestattet und die Renovierung abgeschlossen. Das Museum der Stadt Wien steht vor seiner Vollendung und dürfte Februar oder März im Bau abgeschlossen sein. Das Archiv der Stadt Wien wird in den nächsten Jahren ein vollkommen neues, modernes Zentraldepot im aufgelassenen Schulgebäude, 7, Kandlgasse 13, erhalten. Für den Umbau sind sieben Millionen vorgesehen.

#### Wiener Kunstleben auf internationaler Höhe

Stadtrat Mandl wandte sich dann dem Schwerpunkt der Tätigkeit des Kulturamtes, dem Fördern, zu. Die günstige Situation auf allen Sektoren des kulturellen Lebens hält an. Unser Kunstleben ist auf einer international beachtlichen Höhe und erfreut sich auch weiterhin der Anteilnahme der Bevölkerung.

Wir konnten in der abgelaufenen Saison allein in den Wiener Theatern 3,2 Millionen Besucher zählen, während bei allen Sportveranstaltungen zusammen nicht mehr als 2,2 Millionen Besucher erreicht werden konnten.

Ahnlich ist es bei den musikalischen Veranstaltungen, in den Volksbüchereien, den Volksbildungshäusern usw. Trotzdem sind die Theater, die Konzerthäuser, heute in der gleichen finanziell prekären Situation wie damals.

Es ist kaum zu glauben, daß unsere Kunstinstitute in einer Zeit der allgemeinen Hochkonjunktur unter Defiziten leiden, die ihre Existenz gefährden. Und dies nur deshalb, weil die Höhe der Eintrittspreise mit der Höhe der Ausgaben in eine gefährliche Diskrepanz geraten ist.

#### Verraucht, vertrunken und vernascht

Eine vor wenigen Tagen erschienene Aufstellung des Statistischen Zentralamtes über die Verwendung des privaten Anteiles am Volkseinkommen gibt interessante Aufschlüsse.



Jede österreichische Familie hat nach dieser Statistik im Jahre rund 1.000 S verbraucht, 2.000 S vertrunken und 700 S vernascht.

Jede österreichische Familie hat für Unterricht, Bildung und Unterhaltung 1.700 S ausgegeben, wobei sicherlich den Hauptanteil der Unterhaltungssektor in Anspruch nahm.

Nach einer Statistik des Theaterorchester-Verbandes ist der Zuschußbedarf aller österreichischen Bühnen - Bundestheater, Landestheater und Privattheater - rund 176 Millionen Schilling.

Wenn ich bedenke, daß wir im Jahre 1.2 Milliarden Schilling vernaschen, 2.4 Milliarden Schilling verbrauchen und 5.8 Milliarden Schilling vertrinken, so handelt es sich bei den 170 Millionen Schilling um einen wahrlich bescheidenen Betrag, nämlich nur 0.02 Prozent, die man abzweigen müßte.

Wir subventionieren heute, wie bekannt, drei Wiener Großbühnen: das Volkstheater, das Theater in der Josefstadt und das Raimundtheater, mit rund 5 Millionen Schilling im Jahr. Wenn ich noch überlege, welche Summen in Bewegung gesetzt werden durch das Theater der Jugend, das Jugend-Abonnement usw., so kann ich wohl sagen, daß bedeutende Mittel zur Unterstützung des Wiener Theaters gegeben werden müssen, weil die Diskrepanz zwischen Einnahme und Ausgabe nicht günstiger gestaltet werden kann.

#### Gemeinde stiftet Josef Kainz-Medaille

Wir haben alles Interesse, den guten Ruf Wiens als der Stadt des europäischen Theaters zu erhalten. Um das neuerlich zu unterstreichen und auch nach außen hin zu dokumentieren, wird die Stadt Wien aus Anlaß des 100. Geburtstages des größten Wiener Schauspielers unseres Burgtheaters Josef Kainz eine Josef Kainz-Medaille stiften, die jährlich am 20. September an seinem Todestag vergeben werden soll. Ausgezeichnet wird die beste schauspielerische Darstellung einer männlichen und einer weiblichen Rolle und die beste Regieleistung des Jahres, gleichgültig, an welcher Bühne sie geboten wurde.

#### Viele Konzertbesucher bei halbleeren Kassen

Ähnlich wie auf dem Gebiete des Theaters liegen die Verhältnisse auf dem Musiksektor. Die Besucherziffern haben sich gegenüber dem Vorjahr weiterhin erhöht, die Konzertveranstaltungen haben beachtliches Niveau - aber die finanzielle Situation ist die gleiche wie bei den Theatern. Die beiden großen Konzerthäuser erhalten beträchtliche Zuwendungen, um ihren Betrieb aufrecht erhalten zu



können, obwohl alle bedeutenden Veranstaltungen außerordentlich gut besucht sind.

Die Wiener Symphoniker haben durch die Regulierung ihrer Bezüge eine fühlbare Verbesserung ihrer Besoldung erfahren. Sie sind das Konzertorchester Wiens, ohne dessen aufopfernder hoher Leistung Wiens Musikleben nicht zu führen wäre.

Die Musiklehranstalten der Stadt Wien sind unter Leitung ihres verdienten Direktors zu Zentren der Musikwerbung und Musikerziehung in den Wiener Bezirken geworden. Im kommenden Jahre wird zu den 12 bestehenden Musikschulen eine 13. im 2. Bezirk treten.

Das vom Kulturamt von Jahr zu Jahr erweiterte Programm für die Sommermonate erfreut sich steigender Beliebtheit. Im kommenden Jahre werden uns die Wiener Symphoniker auch im Sommer zur Verfügung stehen.

#### Großzügiges Mäzenatentum der Stadtverwaltung

Die Pflege der bildenden Kunst war immer ein besonderes Anliegen der Stadtverwaltung. In Wien leben rund 500 Maler und Bildhauer, die ohne das großzügige Mäzenatentum der Stadtverwaltung in eine außerordentlich schwierige Situation kommen würden.

Mehr als 3,5 Millionen Schilling werden allein zum Schmuck von Wohnhausanlagen aufgewendet; daneben geben wir beträchtliche Summen für Ankäufe und sonstige Förderungsmaßnahmen aus.

Man macht uns oft den Vorwurf, daß wir in unsere Förderung auch die moderne Kunst einbeziehen. Wir bekennen uns dazu und tun dies, weil es niemand verantworten kann, den lebendigen Prozeß der Formäußerung einer Generation aufzuhalten. Nie hat die Gegenwart erwiesen, was Wert und Gültigkeit für kommende Generationen besitzt. Es ist unsere Absicht, in Zusammenarbeit mit dem Unterrichtsministerium und anderen Stellen in den kommenden Jahren Ausstellungen großer europäischer Künstler nach Wien zu bringen. Als erste dieser großen Expositionen soll eine Van Gogh-Ausstellung im Februar nächsten Jahres nach Wien gebracht werden.

Wenn wir von Förderungsmaßnahmen sprechen, so dürfen wir unser Bemühen um die Literatur nicht unerwähnt lassen. Es gilt gleichermaßen unseren lebenden Autoren wie der Förderung des guten Buches. Die 45 Zweigstellen der städtischen Büchereien, die im nächsten Jahre um eine im 14. Bezirk vermehrt werden, konnten ihren festen Leserstock neuerlich erweitern. Sie betreuen heute mehr als 47.000 Leser, das ist gegenüber 1950 eine Steigerung um 79 Prozent. Besonders auffällig ist die hohe Zahl von Kindern, als ständige Leser; sie beträgt derzeit 15.600.



Wiener Stadthalle - das größte Bauvorhaben Österreichs

Lassen Sie mich nur noch im besonderen den Sport erwähnen. 67 Sportplätze mit einem Gesamtflächenausmaß von zwei Millionen Quadratmetern stehen den Sportvereinen gegen einen Anerkennungs-zins zur Verfügung, 4 weitere Plätze mit einem Ausmaß von mehr als 200.000 Quadratmetern verwaltet die Stadt selbst. Mit dem Erträg-nis des Sportgroschens von 1,650.000 S konnten 318 Subventionsan-suchen aufrecht erledigt werden. Von den 343 Turnsälen in Wiener Schulen wurden 242 an Sportorganisationen vermietet. Unserer Jugend stehen 48 Spielplätze und eine Rodelbahn zur Verfügung, 12 neue sind für das kommende Jahr vorgesehen.

Die Wiener Stadthalle, das momentan größte Bauvorhaben Öster-reichs, steht vor der Fertigstellung.

Wir hoffen, die Halle, wie vorgesehen, in der letzten Woche der Wiener Festwochen eröffnen zu können.

Im Stadion werden bis Ende 1957 40 Prozent der Tribünen-Erwei-terung benutzbar sein.

Im nächsten Jahr 12.000 Schüler weniger

Das kulturelle Leben einer Großstadt ist vielfältig, wie eben ihr ganzes gesellschaftliches Sein. Aber, was wäre der reichste Schatz vergangener Zeiten, was wäre das Müssen und Plagen im Gegen-wärtigen, wenn nicht die jungen, in die Zukunft weisenden Kräfte gebildet und für ihre Aufgabe vorbereitet würden? Hier liegt unsere dritte große Verpflichtung: Reif machen, erziehen, für die Lösung der Probleme von morgen. Deshalb messen wir der Schule und ihren Bildungsaufgaben so eminente Bedeutung zu.

Lassen Sie mich kurz die Situation auf dem Sektor des Pflicht-schulwesens darstellen: Wir zählen im Schuljahr 1957/58: 5409 Klas-sen mit 102.195 Schüler, das sind gegenüber 1956/57 265 Klassen und 9.090 Schüler weniger. Im nächsten Schuljahr werden wir nur mehr 90.000 Schüler haben. Jeder vernünftige Mensch muß einsehen, daß bei einem solch starken Absinken der Schülerzahl sich auch die Zahl der Klassen und die Zahl der Schulen verringern muß. Wir werden also - und ich bitte die Eltern, das doch zu verstehen, im Laufe der nächsten Jahre Schulhäuser sperren müssen.

Bisher 400 Millionen für neue Schulen

In diesem Jahre wurden 19 Schulgebäude vollkommen renoviert und dafür ein Betrag von 20 Millionen Schilling ausgeworfen. Insgesamt hat die Stadt Wien für den Wiederaufbau und den Neubau von Schulen 400 Millionen Schilling seit 1945 ausgegeben.



Das erste Schulbuch unserer Kinder, die Fibel, ist nach mehrjähriger Erprobung nun zum Druck bereit. Ab kommendem Schuljahr werden alle Schulanfänger dieses Buch aus der Hand ihres Lehrers als Geschenk der Stadt Wien zur Erinnerung an ihren ersten Schultag erhalten. Eine Widmung im Buch und die Unterschrift des Lehrers wird dieses erste Schulbuch zu einem bleibenden Andenken an die Kindheit gestalten.

Die Wiener Berufsschulen weisen mit rund 45.000 Schülern gegenüber dem Vorjahre keine wesentlichen Veränderungen in Schüler- und Klassenzahl auf. Sie werden im kommenden Jahr einen Gesamtbetrag von 36 Millionen Schilling erfordern. Die drei Lehranstalten für gewerbliche und hauswirtschaftliche Frauenberufe sind im Budget mit einem Kostenaufwand von rund vier Millionen Schilling ausgewiesen.

Unsere Modeschule in Hetzendorf gewinnt von Jahr zu Jahr mehr Ansehen im In- und Ausland und ich hoffe, daß die versprochene Gleichwertigkeitserklärung seitens des Handelsministeriums in nächster Zeit gegeben wird.

Fast 170 Millionen Schilling wendet die Stadt für das Wiener Schulwesen auf. Das ist eine große Investition in die Zukunft, die einmal reiche Früchte tragen muß.

Wir unterstützen und fördern auch alle Bestrebungen der Volksbildung so gut wir nur können. Wir haben in Wien derzeit 12 Volkshochschulvereine mit mehr als 60 größeren Außenstellen. 1,870.000 Schilling wurden 1957 seitens der Stadt dem Verband der Wiener Volkshochschulen zugewendet. Das Experiment in der Per Albin Hansson-Siedlung, deren Volksheim in zwei Jahren über 100.000 Besucher hatte, ist gelungen. Das Volksheim hat uns gezeigt, daß wir mehr Mut zu Neuem, Mut zum Experiment haben müssen. Wir werden diesen Weg weiter gehen und diesem einen Volksbildungshaus weitere folgen lassen (Beifall bei der SPÖ).

#### Ein "Forum der Wiener Volksbildung"

Der Volksbildung soll in den nächsten Jahren aber auch noch eine andere, spezielle Aufgabe zugewiesen werden, zu deren Erfüllung wir wieder Sondermittel zur Verfügung stellen. Wir haben beschlossen, unter dem Titel "Forum der Wiener Volksbildung" eine Einrichtung zu schaffen, die der offenen Diskussion dienen und dem



Staatsbürger die Möglichkeit der eigenen Meinungsbildung geben soll. Ab Jänner nächsten Jahres soll das "Forum der Wiener Volksbildung" in Aktion treten und es wird sich nicht scheuen, auch "heiße Eisen" anzupacken. Diese Forum-Diskussionen, bei denen Meinung gegen Meinung gestellt werden soll, werden im Zusammenwirken mit dem Österreichischen Rundfunk die von uns gewünschte Ausstrahlung haben.

#### Wiener Festwochen mit Singakademie und Singverein

Aber einmal im Jahr soll sich die kulturelle Kraft dieser Stadt zu einer Hochleistung zusammenballen, einmal im Jahre, zu den "Wiener Festwochen".

Für die Festwochen des Jahres 1958 steht im Mittelpunkt das 100jährige Jubiläum der beiden, vor kurzem mit dem Renner-Preis ausgezeichneten Chöre, des Singvereines und der Singakademie. Um dieses Jubiläum gestaltet die Gesellschaft der Musikfreunde, die in diesem Jahre die Hauptlast des Musikprogrammes zu tragen hat, das 1. Europäische Chorfest, an dem acht ausländische Chöre aus Deutschland, England, Holland, Italien und der Tschechoslowakei teilnehmen werden. An Orchestern sind verpflichtet das Kölner Rundfunkorchester, die Prager Philharmoniker, die Wiener Philharmoniker und die Wiener Symphoniker.

Die Bundestheater beteiligen sich an den Wiener Festwochen mit einem Zyklus von Werken des zeitgenössischen Opernschaffens in der Staatsoper und einem sieben Werke umfassenden Grillparzer Zyklus im Burgtheater.

Es besteht die Absicht, 500 junge Menschen aus aller Welt auf sechs Tage zu einer "Jugendfestwoche" nach Wien einzuladen.

#### Wien im Mittelpunkt Europas

Die Festwochen 1958 werden aber einen vollkommen neuen Akzent bekommen, durch das in der dritten Juniwoche stattfindende Europa-Gespräch!

Ich habe zu Beginn meiner Darlegungen gesagt, daß diese Stadt, einer großen Tradition verpflichtet, in einem Kontinent der Blöcke nach neuen und doch im Grunde so alten Aufgaben suchen muß, weil sie sich nicht einfach mit einem Schicksal abfinden kann, das ihr bestimmt hat, Endstation eines freien Europa zu sein. Wien



liegt nach wie vor im Mittelpunkt der großen Drehscheibe Europa und kann - wenn es will - vielleicht dazu beitragen, heute noch bestehende Spannungsfelder aufzulockern und aufzulösen. Wir müssen uns ein großes Konzept suchen, das natürlich abgestimmt sein muß auf die gesamte österreichische Außenpolitik, der dadurch ebenfalls eine bedeutende Aufgabe erwachsen kann. Wir müssen Wien wieder in den Mittelpunkt Europas rücken.

Alle diese Überlegungen und der unbändige Lebenswille, den diese Stadt trägt, haben uns bewogen, den Europagedanken stärker als bisher in unsere Arbeit einzubeziehen - in der festen Zuversicht, daß auch ein zweigeteiltes Europa - das doch immerhin noch den gemeinsamen Namen trägt - vielleicht einmal zur Gemeinsamkeit zurückfindet.

Der Bürgermeister hat nun anlässlich des Kongresses der europäischen Parlamentarier in Wien den Auftrag erteilt, sich mit dem Gedanken eines Europa-Institutes zu beschäftigen. Ende August dieses Jahres fand unter Leitung des Pädagogischen Institutes das erste "Seminar europäischer Erzieher" statt, an dem rund 30 Delegierte aus 23 europäischen Städten von Athen bis Straßburg teilnahmen. Sie berieten eine Woche lang das Thema "Erziehung zu Europa in den europäischen Schulen" und beschäftigten sich mit der Herausgabe eines Europa-Lesebuches. Die Tagung war ein voller Erfolg. Nun wagten wir den zweiten Schritt!

#### Seminar der europäischen Presse

In der Zeit vom 24. bis 28. Februar kommenden Jahres wird das erste Seminar der europäischen Presse unter Leitung von Chefredakteur Prof. Vinzenz Ludwig Ostry abgehalten, zu dem 30 Zusagen von Journalisten bekannter Zeitungen aus 12 europäischen Ländern schon heute vorliegen.

Zur Diskussion steht das Thema "Die Presse im Dienste der Einheit Europas". Hervorragende Referenten werden dazu Stellung nehmen.

#### Politisches Europagespräch

Und nun soll während der Festwochen des kommenden Jahres, in der Zeit vom 18. bis 22. Juni, das erste politische Europagespräch stattfinden, dessen Thema Anruf und Aufruf sein soll, und das lautet: "Die Einheit Europas - Idee und Aufgabe", gesehen aus der Perspektive des Jahres 1958. Die Gespräche sollen im Gemeinderatssitzungssaal stattfinden und durch Rundfunk und Fernsehen ausgestrahlt werden.

Als Sprecher zum Thema haben bisher zugesagt: Ministerpräsident a.D. Robert Schumann (Frankreich), Präsident des Europarates Fernand Dehousse (Belgien), Generalsekretär des Europarates Ludovico Benvenuti (Italien), Univ. Prof. Dr. Raymond Aron (Frankreich), Außenminister des Schattenkabinetts der Labour Party Aneurin Bevan (England), Abgeordnete Jenny Lee (England), Botschafter a.D. Prof. Salvador de Maderiage (span. Exilpolitiker), Ministerpräsident H.C. Hansen (Dänemark), Minister a.D. Per Federspiel (Dänemark), Präsident des deutschen Bundestages Dr. Karl Gerstenmeier (DBR), Vizepräsident des deutschen Bundestages Prof. Carlo Schmid (DBR), Abgeordneter des deutschen Bundestages Fritz



Erler (DBR) und Abgeordneter des deutschen Bundestages Kurt Kiesinger (DBR).

"Europa-Platz" vor dem Westbahnhof

Anläßlich dieser Tagung soll der Platz vor dem Westbahnhof den Namen "Europas-Platz" erhalten.

Ich glaube sagen zu können, daß sich für dieses erste Gespräch, dem Jahr für Jahr andere folgen sollen, eine hervorragende Repräsentanz europäischer Gesinnung in Wien versammeln wird und ich kann nur hoffen, daß dieser erste auf Wiener Boden zum Ausdruck gebrachte Appell Wiederhall finden wird in allen Ländern, die sich - wo sie auch liegen mögen - zu Europa bekennen.

Und mit dieser Hoffnung, eine große, neue Aufgabe einer ewig jung gebliebenen Stadt zu sehen, möchte ich meine Ausführungen schließen. Wir alle, die wir hier sitzen, wissen um den alten Glanz dieser ehrwürdigen Stadt. Wir wissen aber ebenso genau, daß dieser Glanz aus einer Epoche strahlt, die sicher groß war - die aber unwiderbringlich vergangen ist. Und wir wissen, daß wir die ewige Jugend und die Kraft dieser Stadt nur erhalten können, wenn wir sie mit immer neuen Aufgaben konfrontieren. Aufgaben, die in ihrer Vergangenheit fußen, in ihrer Gegenwart lobendig und in neuem Geist einer großen Zukunft zugewandt sind.

Und diese große Zukunft kann nicht nur im Bereiche ihrer eigenen Grenzen liegen, sie kann nicht nur auf ihre Funktion als Bundeshauptstadt unserer Republik beschränkt sein - sie muß hinausreichen in den ganzen europäischen Bereich, dessen Mitte sie einst war und dessen Mitte sie einst wieder werden soll in einer Welt des Friedens und der Freiheit (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

Die Kulturdebatte

GR. Dr. Christoph (VO) begrüßt als erster Debatteredner die gegenüber dem Vorjahr erfolgte Erhöhung der Ausgaben der Geschäftsgruppe III. Er lobt diesen Entschluß umso mehr, da man beim Bund diese Freigebigkeit immer noch vermißt. Zum Kapitel Jugenderziehung erklärt er, daß seiner Meinung nach der Höhepunkt der Verbreitung von Schundliteratur als überwunden erscheint. Er bedauert zugleich, daß man hinsichtlich des Niveaus der Kinoprogramme leider noch nicht so weit ist. Das Problem der Jugenderziehung bezeichnet er als eine Frage der Freizeitgestaltung. Die großen Jugendorganisationen



hätten heute nicht mehr die große Anziehungskraft, die sie einst besaßen. Er meint, man müßte es mit der Schaffung von Jugendklubs unter Führung von erfahrenen Pädagogen versuchen, am besten in Wohnhausanlagen der Stadt Wien. Er begrüßt die Zunahme der Teilnehmer am Jugendabonnement der Stadt Wien, dessen Ausweitung er als imponierend bezeichnet. Er schlägt vor, die Gemeinde Wien möge das leerstehende Scala-Theater zu einem Theater für Jugendliche ausgestalten. Die Musikerziehung sollte seiner Meinung intensiviert und auf breiteste Basis gestellt werden. Die Musiklehranstalten sollten jeden aufnehmen, der ein Musikinstrument erlernen will, auch dann, wenn mehr Musiklehrer herangezogen werden müßten. Die Stadt Wien sollte auch mehr Einfluß auf die Gestaltung der Rundfunkprogramme ausüben. Der Redner verweist darauf, daß die Stadt Wien bei einem Gesamtkapital der neugegründeten Rundfunkgesellschaft von 80 Millionen Schilling nur mit 600.000 Schilling beteiligt ist und hofft, daß der Einfluß der Stadtverwaltung nicht im selben Verhältnis beschränkt bleiben wird.

Beim Sport bemängelt er die zu geringe Zahl der vorhandenen öffentlichen Sportplätze, Schwimmbäder und anderen sportlichen Anlagen. In zwei Resolutionsanträgen verlangt er, man möge den Amateur-Sportvereinen die entrichtete Vergütungssteuer refundieren und der sporttreibenden Jugend dieser Vereine auch unentgeltliche Straßenbahnfahrscheine zum Besuch der Sportanlagen zur Verfügung stellen. Der Redner warnt vor der Subventionierung von deutschnationalen Turnvereinen und spricht sich auch gegen die Unterstützung des Heeressportes aus.

Er stellt mit Genugtuung fest, daß der Schulbetrieb an den Wiener Schulen reibungslos funktioniert und das Modernisierungsprogramm der Schulhäuser gut voranschreitet. Demgegenüber würde er eine Verbesserung des von der Gemeinde Wien zur Verfügung gestellten Materials der Schulrequisiten begrüßen. Wenn Schulgebäude wegen zu wenig Schüler gesperrt werden müssen, regt er an, die freigewordenen Objekte den Wiener Mittelschulen zur Verfügung zu stellen. Die Beanspruchung der Schulhäuser ist nicht überall gleich. Wir haben einerseits leere Schulhäuser, andererseits aber gibt es dort, wo neue Wohnhausanlagen gebaut wurden, hier und da auch eine empfindliche Schulraumnot. Dem könnte durch rechtzeitige Planung bei der Errichtung von größeren Gemeindebauten abgeholfen werden. Abschlies-



send setzt er sich für eine Verbesserung und Aktualisierung des Lehrplanes an den Wiener Berufsschulen ein. Seine Fraktion, so erklärt er, wird den Ansätzen der Geschäftsgruppe III die Zustimmung geben.

GR. Nora Hiltl (ÖVP) beschäftigt sich einleitend mit dem schon wiederholt zitierten Begriff "Weltstadt Wien". Gerade auf dem Kultursektor könnte viel zur Erreichung dieses Zieles beigetragen werden. Schließlich war ja Wien bereits einmal das Mekka der Medizin, der Dichtkunst, des Theaters, der Wissenschaft, also der Kultur überhaupt. Viel können auch die Wiener Festwochen dazu beitragen. Bei den kommenden Festwochen müßte auch auf das hundertjährige Jubiläum unserer Wiener Ringstraße, die eine der schönsten Straßen Europas ist, Bedacht genommen werden. Es ließe sich sicher auch eine Ausstellung über die Baumeister dieser Zeit, die Dichter, Maler, das Theater usw. in das Festwochenprogramm einbauen.

Als erfreulich bezeichnet die Rednerin die Erhöhung des Kulturbudgets. Es ist auch ein schöner Fortschritt, daß man nun nicht mehr wie in den vergangenen Jahren dafür sorgen muß, in den Schulen die ärgsten Kriegsschäden zu beheben, sondern man nun auch schon darangehen kann, Lehrerzimmer und Klassenräume schön und modern auszugestalten. Es soll nun aber auch die Jugend dazu erzogen werden, diese neuen und schönen Schulen zu pflegen und zu erhalten.

Wenn im kommenden Schuljahr allen neu eintretenden Kindern eine Schulfibel als Geschenk der Stadt Wien überreicht werden soll, müßte diese Aktion, wie überhaupt die Überlassung von Lehrmitteln, auch auf die privaten Schulen ausgedehnt werden. Auch sie haben ein Anrecht auf diese Beihilfen, steht es doch in einer Demokratie den Eltern frei, die Kinder in die von ihnen gewünschte Schule zu schicken. GR. Hiltl stellt einen Resolutionsantrag, den Schülern der Privatschulen Wiens die Lehrmittel im selben Ausmaß umsonst zur Verfügung zu stellen, wie den Schülern öffentlicher Schulen.

./.



Bei den Berufsschulen ist die Fertigstellung der Schule Dörfelstraße zu begrüßen. Bedauerlich sei jedoch, daß der vor Jahren erstellte Kostenvoranschlag Baukosten in Höhe von 1,8 Millionen Schilling vorsah, die wirklichen Kosten sich aber nun durch die Verzögerung des Baues auf fünf Millionen gestellt haben.

Bei der Modeschule der Stadt Wien wäre zu wünschen, daß die Absolventinnen die Anerkennung ihrer Gesellenprüfung zuerkannt bekommen, ähnlich wie dies an den Bundeslehranstalten für Frauenberufe gehandhabt wird.

Sehr bewährt haben sich die Stewardessen. Es gebührt ihnen aller Dank, denn sie haben dazu beigetragen, Wiener Charme, Freundlichkeit und auch die Wiener Sprachbegabung in der Welt bekanntzumachen. Sie haben einen ausgezeichneten Eindruck hinterlassen.

Beim Landesjugendreferat müßte mehr darauf geachtet werden, daß es nicht Aufgabe dieses Referates ist, von sich aus eigene Jugendlager, Ferienlager und Aktionen zu veranstalten. Es ist vielmehr dazu da, die einzelnen Organisationen bei ihren Lagern usw. zu fördern. Dies dürfte jedoch nicht nach einseitigen politischen Standpunkten erfolgen (Beifall bei der ÖVP).

Bei der Aktion des Jugendfilm-Abonnements dürfe man gewisse Bedenken nicht außer acht lassen. Bedeutende Ärzte haben nachgewiesen, daß sich der Filmbesuch auf Kinder und Jugendliche nicht günstig auswirkt. In Belgien zum Beispiel ist der Kinobesuch überhaupt erst ab 16 Jahren gestattet. Es sollte die Filmsucht der Jugend nicht noch mehr gefördert werden, sondern sie vielmehr zur guten Musik, zum guten Buch und zum guten Theater geführt werden. Die Filmkommission müßte auf die Verantwortung, die sie den Jugendlichen gegenüber hat, besonders aufmerksam gemacht und auch entsprechend geschult werden.

Als viel zu gering bezeichnet die Rednerin die Ansätze für Stadt- und Ortsbildpflege. Waren im Jahre 1956 80.400 Schilling veranschlagt, im Jahre 1957 60.000, so stehen im Budget für 1958 nur 2.000 Schilling. Gerade der Stadt- und Ortspflege müsse aber bedeutendes Augenmerk zugewendet werden. Man möge für Wien ein Landschaftsmuseum in der Hermesvilla einrichten.



Ein Antrag der Rednerin verlangt die Übernahme des alten Wehrturmes auf dem Leopoldsberg in die Obhut der Stadt Wien. Auch auf dem Gebiete der Denkmalpflege sind noch viele Wünsche offen. So hat Wien kein Berta von Suttner-Denkmal usw. Wünschenswert wäre auch die Anstrahlung der Mariensäule "Am Hof" und die Beleuchtung des Hochstrahlbrunnens während der schönen Jahreszeit.

Eine Änderung wäre auf dem Gebiete der Ehrungen notwendig. Wohl gibt es das Ehrenbürgerrecht, das Bürgerrecht, den Ehrenring und die Ehrenmedaille sowie noch verschiedene kleinere Stufen. Die große Diskrepanz zeigt sich aber zwischen Ehrenmedaille und Ehrenring. Hier müßte eine Zwischenstufe geschaffen werden.

Abschließend dankt Gemeinderätin Hiltl allen Beamten und Bediensteten dieser Gruppe, den tausenden Helfern auf kulturellem Gebiet und auch den Kulturschaffenden und Kulturempfängern dieser Stadt, die ihren Beitrag leisteten, daß unser Wien auch wieder zu einer Weltstadt der Kultur wird (Beifall bei der ÖVP).

GR. Planck (SPÖ) beschäftigt sich mit den verschiedenen Einzelfragen, die im Verlauf der Debatte aufgeworfen wurden. Im Zusammenhang mit den Ausführungen der ÖVP-Rednerin über die Kunstförderung der Gemeinde weist er darauf hin, daß alle Künstler, die ihrer Zeit voraus waren, von dieser ihrer Zeit auch abgelehnt wurden. Die Lehre aus der Kunstgeschichte sollte uns zur Vorsicht raten. Wir müssen daher in der Kunstförderung tolerant sein. Wir finden es selbstverständlich, daß auf wissenschaftlichem Gebiet Experimente unternommen werden, aber es fällt uns nie ein, der Kunst ebenfalls Experimente zuzubilligen. Die Stadt Wien hat auf diesem Gebiet eine Aufgabe, die sie in erheblichem Maße erfüllt. Aber neben der Stadtverwaltung sollten auch andere als Mäzene eingreifen. Ein erfreuliches Beispiel stellt hier der von der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien geschaffene Kunstfonds dar.

Die Entwicklung der Volksbildungsarbeit ist überaus beachtenswert. Gab es 1945/46 17.000 Hörer, so waren es 1956/57 69.000 Hörer. Das ist eine Zunahme auf mehr als das Vierfache. Bei den Einzelveranstaltungen ist die Zahl der Besucher von 371.000 auf 1.130.000 gestiegen, eine Zunahme auf 304 Prozent. Die Bedeutung der Volksbildung ist jedoch mit diesen Zahlen nicht ausgedrückt. Auch Methoden und Ziele der Volksbildung haben sich mit den Jahren geändert.



Heute ist man der Meinung, daß die Volksbildung die Aufgabe hat, der Entwicklung und Entfaltung der Persönlichkeit zu dienen. Als wünschenswert bezeichnet der Redner eine Koordinierung innerhalb der Volksbildung, um die Kräfte ökonomischer zu verwerten und die Mittel besser zu verwenden. Besonders weist GR. Planek auch auf den Erfolg der Volksbildung bei der Jugend hin.

Die Probleme um den Film könnten nach Meinung des Redners annähernd gelöst werden, wenn man endlich die Prädikatisierung der Filme einführt. Die Länder müßten sich zusammenfinden und eine gemeinsame Stelle dafür einrichten. Heute gibt es nur die Möglichkeit zu entscheiden, ob ein Film für die Jugend geeignet ist oder nicht. In diesem Zusammenhang nennt der Redner einige interessante Zahlen über die in Wien gezeigten Filme. Von 562 Streifen kommen allein 248 aus den USA. Er bedauert es, daß gerade aus diesem Land die schlechtesten Filme nach Wien kommen. Von 84 Abenteuerfilmen waren allein 80 aus den Vereinigten Staaten.

Fremdenverkehr: Hier weist der Redner darauf hin, daß von den Fremden vielfach Klage über mangelnde Preistreue zu hören sind. Er begrüßt es, daß ein Komitee gebildet wurde, das sämtliche Hotels neu einstufen soll. Ebenso begrüßt GR. Planek die propagandistische Tätigkeit der Fremdenverkehrsstelle im In- und Ausland. Leider werden im politischen Kampf noch immer Argumente gebraucht, die den Ruf Österreichs oder Wiens schädigen. Aus einer Statistik geht übrigens hervor, daß unter den Besuchern Wiens die Amerikaner das meiste Geld hier lassen, nämlich täglich 500 Schilling.

Es wurde in dieser Budgetdebatte viel von der Weltstadt Wien gesprochen. Aber "Wien wieder Weltstadt" ist mehr als ein politisches Schlagwort, es ist ein Programm! Die ersten Voraussetzungen dafür seien geistiger Art, an zweiter Stelle erst könnten die materiellen genannt werden. Man müsse daher zunächst dafür sorgen, daß Wien wirtschaftlich, sozial, politisch und kulturell zur Weltstadt wird.

Abschließend betont GR. Planek, daß Wien seine Kulturarbeit im Interesse unserer Stadt aber auch im Interesse unseres Staates leistet, denn Wien ist Österreich und Österreich ist Europa!  
(Beifall bei der SPÖ.)



Stadtrat Mandl benützte sein Schlußwort, um zunächst den Debatterednern für ihre sachliche Beurteilung der Ansätze seiner Geschäftsgruppe zu danken. Auf die Anregung von GR. Dr. Christoph eingehend, aus dem Scala-Theater ein Theater der Jugend zu machen, sagte er, daß sich die Gemeinde Wien mit diesem Gedanken schon längere Zeit beschäftigt, doch immer wieder auch die finanziellen Fragen, die mit der Verwirklichung eines solchen Vorhabens verbunden sind, berücksichtigen müsse.

Die Musikschulen der Stadt Wien kommen der ihnen gestellten Aufgaben in jeder Hinsicht nach, nämlich der Förderung und Ausbildung der begabtesten Musikstudierenden. Dies geht auch schon aus der Zahl der Schüler dieser Anstalten hervor.

Zu einem weiteren Antrag des Debatteredners, man sollte den Amateursportvereinigungen die Vergnügungssteuer nachlassen, machte er darauf aufmerksam, daß es sich hier um den geringsten Steuersatz handelt.

Die freigewordenen Schulobjekte der Stadt Wien werden, wenn darum angesucht wird, bereitwillig den Wiener Mittelschulen überlassen. Bis jetzt wurde jedem solchen Wunsch entsprochen. Der Gemeinde Wien wäre es lieber, erklärte Stadtrat Mandl, wenn in jeder neuen städtischen Wohnhausanlage auch gleich ein neues Schulhaus gebaut werden könnte. Die Erfahrungen haben aber gezeigt, daß die Kinder in den bestehenden Schulen der Umgebung ausreichend untergebracht werden konnten.

Zu den Ausführungen von Frau GR. Hiltl, in denen sie sich mit der Beistellung von Lehrmitteln auch für Privatschulen einsetzte, meinte er, sie hätte damit ein heißes Eisen angegriffen. Die Diskussion über dieses Anliegen wird auf Bundesebene geführt. Die angeregte Subventionierung der privaten Musiklehranstalten würde die Frage aufwerfen, warum dann auch nicht seitens der Stadt Wien die privaten Musiklehrer unterstützt werden sollten.

Den von GR. Hiltl vorgebrachten Befürchtungen, die Europagespräche könnten einen einseitigen Charakter annehmen, hielt er entgegen, daß die Stadt Wien im Vorhinein an einer Aussprache auf breitester Grundlage interessiert sei. Die Vielfältigkeit der Europagespräche ist schon durch die Auswahl der Persönlichkeiten, die zu Worte kommen werden, voll gewährleistet. Zum Vorwurf, die Gemeinde solle durch ein Filmabonnement die Filmsucht



der Jugend nicht fördern, meint Stadtrat Mandl, sechs Filme im Jahr wären noch nicht zu viel, und schon gar nicht zu viel, wenn es sich um gute Filme handelt. Die Stadtverwaltung habe aber keineswegs Interesse daran, unserer Jugend den Film als alleinbeglückend zu präsentieren. Zur aufgeworfenen Frage über die Verwendung der Hermesvilla sagte er, es werden mehrere Vorschläge diskutiert und man hoffe auch in diesem Falle eine günstige Lösung zu finden. Das Berta von Suttner-Denkmal wird in der Anlage Favoritenstraße seinen Platz finden.

Abschließend beschäftigte sich Stadtrat Mandl mit den in der Debatte ausgesprochenen Gedanken über Kunstförderung. "Wenn wir immer und überall erklären", sagte er, "daß der Mensch das Maß der Dinge ist, dann gilt das auch für die Kunst. Und wenn die Menschen manchmal Abwege gehen, dann sind es immer noch Menschen, und es muß immer noch nicht klar sein, was der richtige Weg ist."

Er dankte dann noch einmal den Debatterednern für ihre Ausführungen und meinte zusammenfassend in Bezug auf die Arbeit des abgelaufenen Jahres, daß wir unser Feld im allgemeinen gut bestellt haben.

Die Resolutionsanträge von GR. Dr. Christoph empfahl er der Überweisung an den Magistrat, die der GR. Hiltl dem Ausschuß III. Die Ansätze der Geschäftsgruppe III wurden dann einstimmig angenommen.

./.



Das Wiener Wohlfahrtswesen  
=====

Vizebürgermeister Honay (SPO) referierte sodann über die Ansätze der Geschäftsgruppe IV, Wohlfahrtswesen. Er stellte einleitend fest, daß sich unsere Republik seit dem Abzug der Besatzungsmächte einer wirtschaftlichen Hochkonjunktur erfreut. Diese findet ihren Niederschlag in einer kaum mehr nennenswerten Arbeitslosenziffer.

Steigende Geburtenzahl im freien Österreich

Diese erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung blieb auf das städtische Wohlfahrtswesen nicht ohne Wirkung. Seit Jahren hat uns der Geburtenrückgang mit großer Sorge erfüllt. Starben doch in unserer Stadt jährlich doppelt so viele Bewohner als geboren wurden. Seit Österreich frei ist, seit die Angst vor einer ungewissen Zukunft von den Menschen gewichen ist, steigt die Zahl der Lebendgeburten von Jahr zu Jahr. Im Jahre 1954, dem letzten vollen Jahr der Anwesenheit fremder Truppen, wurden in Wien 11.216 Kinder geboren, 1955 - wir waren noch die Hälfte des Jahres besetzt - stieg die Geburtenzahl auf 11.839 und 1956 erreichte sie bereits 13.222, denen aber immer noch 24.092 Sterbefälle gegenüberstehen. Bis Ende Oktober wurden 11.025 Lebendgeburten gezählt. Auf 10.000 Einwohner kamen im Jahre 1954 nur 70 Geburten, 1955 waren es 73, im Jahre 1956 bereits 81 und in diesem Jahre schon 90. Innerhalb von drei Jahren erhöhte sich die Wiener Geburtenziffer um 28.6 Prozent.

Höherer Lebensstandard auf Kosten der Familie

Vor einigen Wochen gab es drei Fälle von besonderem Kinderreichtum. In allen Fällen handelt es sich um Familien, die keineswegs mit Glücksgütern gesegnet sind und denen die staatliche Kinderbeihilfe eine wirksame Erleichterung der Lebenshaltung bringt. Wie vor dem ersten Weltkrieg ist es auch heute so, daß der größte Teil der Wohlhabenden - vor allem trifft dies bei Besitzern größerer Gewerbebetriebe zu, in denen beide Eheleute im Geschäft tätig sind - eine Ein- oder eine Kein-Kinderche führen. Hier würden auch höhere Kinderbeihilfen wirkungslos bleiben. Man darf nicht übersehen, daß der verhältnismäßig hohe Lebensstandard, den wir heute erreicht



haben, zum Teil nur dadurch ermöglicht worden ist, daß sowohl der Mann, als auch die Frau arbeiten und daß die Familie sich nicht nur auf ein Kind beschränkt, sondern daß dieses Kind in vielen Fällen erst nach langjährigem Bestand der Ehe geboren wird, wenn der notwendige und gewünschte materielle Standard erreicht ist. Es wurde also der höhere Lebensstandard zum Teil auf Kosten der Familie erreicht. Die Statistik gibt darüber sehr deutlich Aufschluß. Von den im Jahre 1955 ehelich geborenen 10.676 Kindern wurden 4.067 von Müttern geboren, die mehr als 30 Jahre zählten. 6.162 waren Erstgeborene, davon 1.487 nach vier- oder mehrjähriger Ehe.

#### Schwangerenfürsorge-Zentrale geplant

Im Jahre 1958 wird die Jugendfürsorge weiter ausgebaut werden. In engster Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt wird vor allem der Schwangerenfürsorge besonderes Augenmerk zugewendet werden. Die Errichtung einer Zentralstelle der Schwangerenfürsorge wird erwogen. Sie wäre eine geeignete Institution zur Zusammenfassung aller Bestrebungen auf diesem so wichtigen Gebiet. Wir müssen alles daran setzen, um die Säuglingssterblichkeit auf ein Mindestmaß herabzudrücken.

Ungemein schwierig zu lösen ist das Problem der Errichtung von Säuglingskrippen. Aus dem Voranschlag ist ersichtlich, daß der jährliche Aufwand für eine Säuglingskrippe mit 16 Kindern rund 176.000 Schilling beträgt. Für die Gemeinde, die gegenwärtig 70 Säuglinge in ihren Krippen betreut, bedeutet dies eine monatliche Ausgabe von nahezu tausend Schilling für jedes Kind.

Der Ausbau des Kindergarten- und Hortwesens wird auch im Jahre 1958 fortgesetzt. Den Einnahmen aus den Elternbeiträgen von 11 Millionen Schilling, stehen Gesamtausgaben von rund 80 Millionen Schilling gegenüber, sodaß ein tatsächlicher Aufwand von 69 Millionen Schilling erforderlich ist.

Gegenwärtig stehen in fünf Säuglingskrippen 70, in 27 Kleinkinderkrippen 432, in 51 Krabbelstuben 1.020, in 270 Kindergarten-gruppen 7.159 und in 176 Hortgruppen 4.994 Plätze zur Verfügung. Diese 13.675 Plätze sind von 14.586 Kindern belegt.

Seit 1957 subventioniert die Gemeinde aber auch verschiedene private Vereinigungen, die Kinderbetreuung führen. Die Ausgabe beträgt 2,5 Millionen Schilling.



In den Bezirksjugendämtern wurden Ende Oktober 23.953 Amtsmündel betreut. Nur 226 sind ehelicher Geburt. Wegen Vaterschaft und Unterhaltsverpflichtung sind gegenwärtig 608 Prozesse anhängig.

#### Erhöhung des Beitrages für Pflegekinder

Nach dem Stand vom 31. Oktober 1957 befanden sich 5.359 Kinder in Gemeindebetreuung. Davon 2.274 in eigenen Heimen und 1.984 in privaten Anstalten. Bei Wiener Pflegeeltern waren 701 und bei Pflegeeltern in Niederösterreich, Steiermark und Burgenland 400 Kinder untergebracht. Zum ersten Male wurde heuer im Dezember für alle bei Wiener Pflegeeltern befindlichen Gemeindekinder ein voller zusätzlicher Pflegebeitrag gewährt. In zehn Großfamilien befinden sich 71 Pflegekinder. Vom 1. Jänner 1958 an wird für diese Kinder das monatliche Pflegegeld von 400 auf 450 Schilling erhöht werden.

#### Schloß Tribuswinkel - schönstes Heim für Wiener Kinder

Für die Umwandlung des Schlosses Tribuswinkel in ein Jugenderholungsheim sind im Voranschlag als Restbetrag 1,680.000 Schilling vorgesehen. Es wird damit das schönste städtische Jugenderholungsheim geschaffen werden, dessen Führung das Wiener Jugendhilfswerk übernimmt.

Zur Adoption sind 121 Kinder vorgemerkt. Eltern, die Kinder adoptieren wollen, werden 174 in Vormerkung geführt. Die Ansprüche, die teils vom Jugendamt an die Adoptiveltern, teils von diesen an die Kinder gestellt werden, erklären diese Diskrepanz.

Die Vollendung des ersten Jahres der Ehe- und Familienberatung wurde zum Anlaß genommen, um durch eine statistische Zusammenfassung eine Übersicht über die Arbeit vom 1. Oktober 1956 bis 30. September 1957 zu gewinnen.

Demnach wurden an 90 Beratungsabenden 799 Fälle behandelt, also durchschnittlich 9 neue Fälle pro Beratung bearbeitet; mit den Wiederholungsfällen wurde ein Durchschnitt von 15.5 Fällen für eine Beratung errechnet. Die häufigsten Gründe des Erscheinens sind sehr mannigfaltig. So u.a. Untreue des Ertrners, bzw. der Partnerin 26.1 Prozent, juristische Beratungen 14.1 Prozent, physische und psychische Erkrankungen 12.1 Prozent, Trinker und Spieler 10.7



Prozent, Probleme mit sexuellen Schwierigkeiten 21 Prozent.

Neue Lehrwerkstätte wird in der Brigittenau gebaut

Die Vollbeschäftigung hat auch die vor Jahren noch schwierige Einschaltung der Schulentlassenen in den Arbeitsprozeß erleichtert. Dies kommt sichtlich in der Arbeit des Vereines "Jugend am Werk" zum Ausdruck. Sonst betreute diese Einrichtung mehr als tausend Jugendliche, gegenwärtig sind es siebenhundert. Im Voranschlag sind als Zuschuß für den Verein 1,5 Millionen Schilling eingesetzt.

Über den Neubau der Lehrwerkstätte ist endlich eine Verständigung erfolgt. Um den Betrieb in der aufzulassenden Lehrwerkstätte in der Hellwagstraße ohne Unterbrechung weiterführen zu können, ist der Neubau an einer anderen Stelle beabsichtigt. Die Gemeinde ist bereit, ihr Grundstück für die Errichtung der Lehrwerkstätte, in der Brigittenau, Lorenz Müller-Gasse, zur Verfügung zu stellen. Im Voranschlag sind als erste Baurate für diese Werkstätte 2,5 Millionen Schilling eingesetzt. Der Metallarbeitervorband und die Wiener Arbeiterkammer haben je eine Million Schilling als Baukostenbeitrag zur Verfügung gestellt. Es liegen auch entsprechende finanzielle Zusicherungen des Gewerkschaftsbundes vor. Besonders dankbar muß die Unterstützung des Vereines "Jugend am Werk" durch das Bundesministerium für soziale Verwaltung hervorgehoben werden. Es trägt 40 Prozent der gesamten Kosten mit Ausnahme der Inventaranschaffungen, aber einschließlich des Aufwandes für den Betrieb der Lehrwerkstätten. Dem Verein haben bereits verschiedene soziale Institutionen mit namhaften Beträgen subventioniert. So hat die Arbeiterkammer 100.000 Schilling und die Kammer der gewerblichen Wirtschaft 10.000 Schilling eingesetzt. Der Gewerkschaftsbund hat 500.000 Schilling zugesichert.

Die Zahl der Stipendien für Gastärzte weist eine kleine Verringerung auf. Im Jahre 1957 wurden rund fünf Millionen Schilling für solche Stipendien ausgegeben. Für 1958 sind nur mehr 4,6 Millionen erforderlich. Die Hälfte zahlt der Bund. Die Stipendien für Hoch-, Mittel- und Handeschüler sowie für Lehrlinge erfordern 3,6 Millionen Schilling.



Das Wohlfahrtsamt verwaltet sechs Flüchtlingslager. Die Kosten im Ausmaß von zwei Millionen Schilling trägt der Bund. In den Lagern, die nur teilweise Barackencharakter aufweisen, sind 2.891 Personen untergebracht, davon 985 Frauen, 511 Kinder und 1.395 Männer. Es sind dies meist Ungarn und Volksdeutsche. 1.070 haben bereits die österreichische Staatsbürgerschaft erlangt.

Große Anforderungen an alle Mitarbeiter stellte die Betreuung der ungarischen Flüchtlinge. Was hier an Aufopferung zu sehen war, muß dankbarst anerkannt werden. Im Oktober hat das Wohlfahrtsamt das letzte Lager im Brigittaspital geschlossen. Die Lager werden jetzt ausnahmslos vom Innenministerium geführt.

#### Die Wiener werden immer älter

Auf dem Gebiete der Altersfürsorge ist zu sagen, daß die Langlebigkeit noch immer ansteigt. Aus der Altersstatistik ist ersichtlich, daß in Wien im Jahre 1880 auf 10.000 Einwohner nur 759 über 60 Jahre zählten. Aber im Jahre 1950 waren es schon 1.502, also doppelt so viel. Von den 12.893 Dauerunterstützten, die Ende Oktober gezählt wurden, hatten 10.541, das sind 80 Prozent, das 60. Lebensjahr überschritten. Mehr als 80 Jahre zählten 2.598 Dauerunterstützte, davon sind 2.301 Frauen. Von den 12.893 ständige monatliche Gemeinderenten beziehenden Personen sind 1.861 Männer und 11.032 Frauen. Die Höchstzahl an Dauerbefürsorgten hat Favoriten mit 948 Personen. Im kurzen Abstand folgen Fünfhaus mit 908, Ottakring mit 905 und Landstraße mit 900. Hietzing steht mit 207 Dauerbefürsorgten an letzter Stelle. Sie haben bis Ende November rund 57,6 Millionen Schilling an Unterstützung bezogen. Da für das Jahr 1957 nur 62,5 Millionen veranschlagt wurden, im Dezember jedoch der doppelte Rentenbetrag bezahlt wird, ergibt sich die Notwendigkeit eines Zuschußkredites. Für 1958 wurden 62,8 Millionen Schilling veranschlagt, da mit einem weiteren Rückgang der Dauerunterstützten zu rechnen ist.



Auf dem Weg zum sorgenfreien Alter

Das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz verpflichtet die Gemeinde, an die Rentner der Versicherungsanstalten Zuschüsse zu leisten, wenn die durch Beitragsleistung erworbenen Mindestrente von 550 Schilling monatlich nicht erreicht wird. Das Gesetz ist am 1. Jänner 1956 in Kraft getreten. Für dieses erste Jahr hat die Gemeinde rund zehn Millionen Schilling an solchen "Aufstockungsbeiträgen" geleistet. Heuer werden es 47 Millionen Schilling sein. Im Voranschlag sind nur 35 Millionen Schilling eingesetzt. Dieser Betrag wurde von den Versicherungsanstalten errechnet. Er ist aber zweifellos überholt.

Nach dem Rechnungsabschluß hat die Gemeinde im Jahre 1956 an Dauerunterstützungen 56,8 Millionen Schilling ausgegeben, wozu die 10 Millionen Schilling für die Sozialrentner zu rechnen sind, sodaß sich ein Rentenaufwand von 66,8 Millionen ergibt. Heuer werden die Dauerunterstützungen etwa 73 Millionen und die Zuschüsse zu den Sozialrenten rund 47 Millionen, insgesamt demnach 120 Millionen erfordern. Niemals hat die Gemeinde eine so große Summe auf dem Sozialsektor ausgegeben. Wir Sozialisten freuen uns über diese Entwicklung. Führt sie doch letzten Endes zur Erreichung eines sorgenfreien Alters für das wir seit Jahrzehnten gekämpft haben!

Bisher 15.000 "Gemeindeurlauber"

Auch im Jahre 1958 wird die Landaufenthalts-Aktion für Dauerbefürsorgte fortgesetzt werden. Bisher wurde 12.730 Dauerbefürsorgten der 14tägige Urlaub auf Kosten der Gemeindeverwaltung bewilligt. In Voranschlag ist die Entsendung von 3.000 Dauerbefürsorgten vorgesehen, sodaß 1958 der 15.000. Gemeindeurlauber verabschiedet werden wird. Der Aufwand beträgt 1,5 Millionen, wovon 900.000 Schilling im Budget bedeckt sind, der Rest wird aus den Erträgnissen der Sammlung für die Armen Wiens entnommen.

An 2.370 Dauerbefürsorgte, die im Jahre 1957 wegen ärztlichem Verbot oder schwerer körperlicher Behinderung an der Landaufenthaltsaktion nicht teilnehmen konnten, wurden Lebensmittelpakete ausgegeben. Die Kosten dafür betragen 85.794 Schilling.



Jedes Jahr im Oktober findet eine Wiederssehensfeier statt. In den Jahren 1952 bis 1954 wurden "Wiener Jausen" im Sofiensaal und im Messepalast veranstaltet. In den Jahren 1955 bis 1957 fanden aus dem gleichen Anlaß in der Wiener Volksoper Aufführungen von Operetten - "Der Zigeunerbaron", "Land des Lächelns" und "Der Bettelstudent" - statt.

Seit dem Jahre 1954 werden anläßlich des Muttertages von der Gemeinde Wien für alle über 75 Jahre alten Mütter auf dem Kahlenberg Muttertagsfeiern veranstaltet. Die Mütter werden von den Fürsorgeämtern mit Autobussen abgeholt und zu einer Jause in das Kahlenberg-Restaurant geführt. Diese Mütter sowie alle jene, die wegen Gehbehinderung an dieser Feier nicht teilnehmen können, erhalten ein Lebensmittelpaket sowie ein Geschenkpackchen mit Süßigkeiten. Im Jahre 1957 haben 1.203 Mütter an den Feiern teilgenommen. Die Kosten in diesem Jahr betragen 45.910 Schilling. Bei der Weihnachtspaketaktion für alle Dauerbefürsorgten erhielten 13.800 Personen Lebensmittelpakete. Das Erfordernis stellte sich auf 317.000 Schilling.

Im November wurden 66 Tagesheimstätten für alte Leute eröffnet. Um drei mehr als im Winter 1956/57. Die Ausgaben sind mit 1,550.000 Schilling präliminiert, wozu der Bund 200.000 Schilling leistet. Neben den verschiedenen Veranstaltungen, die meist von Schulkindern und Jugendrotkreuzgruppen durchgeführt werden, wird jetzt auch durch den Ankauf eines Tonfilmapparates den alten Leuten die Möglichkeit geboten, ernste und heitere Filme zu sehen. Besonderer Beliebtheit erfreuen sich die Faschings- und Weihnachtsfeiern. Trotz den Lokalschwierigkeiten konnten heuer einige Musterheimstätten eingerichtet werden.

Ausgezeichnet bewährt sich die Abteilung für Körperbehinderte, die ständig ausgebaut wird.

./.



Städtische Blindenrente dreizehnmal im Jahr

Durch das Landesgesetz vom 16. Oktober 1956 wurden die Blinden aus der Fürsorge herausgenormen und ihnen ein gesetzlicher Rentenanspruch gesichert. Derzeit beziehen 1.696 Blinde diese Renten, die dreizehnmal im Jahre gezahlt werden und im Budget mit einer Ausgabe von 7,6 Millionen Schilling aufscheinen.

Jugendamt und Sozialarbeiter haben in diesem Jahre verantwortungsvolle und gute Arbeit geleistet. Diese Arbeit ist gewiß ohne den üblichen Aktengang nicht denkbar, aber es muß mit besonderer Befriedigung festgestellt werden, daß in allen Ämtern der Wohlfahrtspflege der Geist der Menschlichkeit obwaltet. Alle besetzten Mitarbeiter, die Fürsorgerinnen, die Kindergärtnerinnen, die Fürsorgeräte mit ihren Vorständen, kurz alle die an diesem Sozialwerk mitwirken, wissen, daß hinter jedem Akt ein Mensch mit seinen Nöten und Wünschen steht. Sie handeln darnach und nur so ist es zu erklären, daß bei der großen Fülle der Arbeit und bei der großen Zahl der Fürsorgefälle und bei den gesteigerten Anforderungen, die an dieses Ressort gestellt werden, verhältnismäßig wenig berechtigte Kritik laut wird. Immer mehr soll die Fürsorge auf allen Gebieten individualisiert werden. Dies haben alle, die auf diesem kommunalen Arbeitsgebiet wirken, erkannt, und sie alle erfüllen meist mehr als ihre Pflicht. Dafür dankt ihnen heute, an dem Tag, in dem der Gemeinderat für das kommende Jahr die Mittel für diese Tätigkeit bewilligt, die Bevölkerung, aber auch diese frei gewählte Körperschaft (Allgemeiner Beifall).

Die Debatte über das Wohlfahrtswesen

GR. Lauscher (VO) bespricht zunächst die Steigerung der Fürsorgeausgaben, die durch die zusätzlichen Belastungen der Gemeinden erwachsen. Wir begrüßen die im Parlament beschlossenen Gesetze, sagte der Redner, wenden uns aber gegen die Praxis, bedeutende Lasten auf die Gemeinden abzuwälzen. Solche Methoden gefährden den Ausbau der städtischen Wohlfahrtspflege.

GR. Lauscher wendet sich dann Einzelfragen der Fürsorge zu. Er ersucht darum, wenigstens jenen Dauerbefürsorgten eine Erhöhung des Heizzuschusses zu gewähren, die nicht in der Lage sind, die Tagesheimstätten aufzusuchen. Gleichzeitig regt er eine Vermehrung der Tagesheimstätten an.



Ein besonders Kapitel ist die Vereinsamung der alten Menschen. Es gibt 150.000 alte Leute in Wien, die ihr Leben allein verbringen müssen. Hier eröffnet sich für die Fürsorge ein neues Aufgabengebiet. Man könnte unter anderem daran denken, die Tagesheimstätten auch in der warmen Jahreszeit offen zu halten. Der Redner verlangt auch die Schaffung von Altersspitälern.

Weitere Forderungen des VO-Debatteredners: Mehr Geldmittel für den Ausbau von Jugendheimen, Einführung eines Autodienstes zwischen den Kindergärten, um aus überbelegten Kindergärten die Kinder in unterbelegte Abteilungen zu bringen, Ausbau der Heimkrankenpflege, Schaffung eines Sommerkindergartens auf den Schwarzenberggründen in Neuwaldegg. Der Redner stellt den Antrag, einen mehrjährigen Plan zum Ausbau der Heimschulen aufzustellen.

GR. Lauscher begrüßte es, daß im Budget ein Betrag für den Neubau der Lehrwerkstätte in der Hellwagstraße eingesetzt ist. Es wäre aber auch notwendig, eine Lehrwerkstätte für Frauenberufe einzurichten. Vielleicht könnte die Gemeindeverwaltung hier die Initiative ergreifen.

Ein weiterer Antrag von GR. Lauscher verlangt Vorkehrungen für den Bau eines Jungarbeiterheimes. Der Redner regt ferner an, in der sonst musterhaft geführten Erziehungsanstalt Eggenburg auch für die Möglichkeit eines Musikunterrichtes zu sorgen. Vielleicht könnten Schüler des Konservatoriums der Stadt Wien einmal in der Woche in Eggenburg unterrichten.

GR. Lauscher kritisiert den geringen Ansatz für Stipendien, wobei zu berücksichtigen ist, daß davon noch der größte Teil für die Gastärzte bestimmt wurde.

Zum Jugendproblem im allgemeinen bemerkt der Redner, daß der überwiegende Teil der Jugend gut, arbeitsfreudig, opferbereit und voll von Idealen sei. Ein ernstes Problem stelle jedoch die sinnvolle Freizeitgestaltung dar. Die Jugendklubs haben sich hier bewährt und sollten daher in jeder Weise unterstützt werden.

Der Redner regt abschließend noch an, man möge Fürsorgefahrtscheine genehmigen, die auch an Sonntagen Gültigkeit haben. Er stellt fest, daß im vergangenen Jahr im Wohlfahrtswesen viel geleistet wurde und seine Fraktion daher den Ansätzen zustimmen wird.



Auch GR. Peterlin (ÖVP) stellt als nächster Debatteredner mit Genugtuung fest, daß in der Fürsorge gut gearbeitet wurde. In seinen weiteren Ausführungen spricht er sich für eine Koordination der Fürsorgeleistungen aus und regt an, daß überall dort, wo bereits ein Kindergarten besteht, kein weiterer, sei es von städtischer Seite oder von privaten Organisationen, errichtet werden soll. Im Zusammenhang bezeichnet er es als eine Verletzung der Gleichberechtigung, wenn Eltern, die ihre Kinder in private Kindergärten schicken, keine Unterstützung zur Zahlung der Pflegebeiträge erhalten. Er beklagt sich, daß eine diesbezügliche von seiner Fraktion wiederholt vorgebrachte Forderung bis jetzt unbeachtet geblieben ist. Er stellt einen Resolutionsantrag, in dem verlangt wird, das Jugendamt möge zur Auszahlung einer solchen Unterstützung ermächtigt werden.

Im Verlauf seiner weiteren Ausführungen begrüßt der Redner die Erhöhung der Pflegekinderbeiträge und dankt den Pflegefamilien für die liebevolle Betreuung der ihr anvertrauten Kinder (Beifall bei ÖVP).

Er würdigt dann die gute Idee des Jugendamtes, die Eltern über eine gute Auswahl von Kinderspielzeugen aufzuklären, wendet sich aber gegen die Verletzung der Gesetze über den Alkoholausschank an Jugendliche und zugleich auch über die Verletzungen der Bestimmungen zum Schutze der Jugendlichen gegen schlechte Filme. Hier wäre es an der Zeit, meint er, viel strenger gegen Erwachsene vorzugehen und er stellt die Anfrage, wie viele Strafen in diesem Zusammenhang schon verhängt worden sind.

Er gibt seiner besonderen Freude darüber Ausdruck, daß beim "Jugend am Werk" über Verlangen der ÖVP eine Demokratisierung eingetreten sei, fügt dem aber hinzu, daß es bedauerlicherweise nicht nur aus ideellen Gründen geschehen sei. Die Beweggründe waren die, daß man daraufgekommen sei, daß das Sozialministerium einer Magistratsstelle nicht Beihilfen geben darf.

Mit Nachdruck verweist er auf den Mangel an Jugendfürsorgerinnen. Wenn einer einzigen Fürsorgerin bis zu 160 Fälle übertragen werden, dann ist es nicht anders möglich, daß ihre Tätigkeit nur aus Karteiarbeit bestehen kann. Der Redner hofft, daß auf diesem Gebiet eine Erleichterung eintreten werde. Bei der Geburtenzahl ist eine Besserung eingetreten. Seine Fraktion besteht dennoch



auf der Erfüllung der schon seinerzeit vorgebrachten Forderungen, und zwar die Errichtung von Schwangerenberatungsstellen in den Bezirken, die Auszahlung einer einmaligen Geburtenhilfe und der Bau von familienfreundlichen Wohnungen.

Der Redner verlangt, daß die vom Bund gewährten zweckgebundenen Leistungen für Kinderbeihilfen ausschließlich nur den Kindern zugute kommen müssen und regt eine Erhöhung der Richtsätze für die Kinder Dauerbefürsorgter an. Bei der Auszahlung von Haushaltshilfen an Dauerbefürsorgte bis zu 50 Schilling müßte seiner Ansicht nach ein ärztliches Zeugnis genügen, ohne weitere Belege zu verlangen. Er verweist auch auf bestimmte Schwierigkeiten bei der Auszahlung von Begräbnisbeiträgen an Angehörige von Dauerbefürsorgten. Seine Fraktion ist der Auffassung, daß Begräbnisgelder in Höhe von 300 Schilling auf jeden Fall ausbezahlt werden sollten.

Er spricht sich für die Herabsetzung der Altersgrenze für Frauen, die zu Muttertagsfeiern der Gemeinde Wien eingeladen werden und meint, diese Feiern könnten in verschiedenen Bezirken abgehalten werden, sollte der Fassungsraum auf dem Kahlenberg nicht ausreichen. Sein besonderes Lob findet die Urlauberkaktion für Dauerbefürsorgte und er freut sich besonders darüber, daß auch diejenigen Befürsorgten, deren Gesundheitszustand einen Landaufenthalt nicht erlaubt, jetzt auf Vorschlag seiner Fraktion als Äquivalent ein Lebensmittelpaket erhalten. Er hält der SPÖ vor, daß sie sich oft über die alten "Küß die Hand-Methoden" aufregt, selbst aber es nie verabsäumt, durch ihre Funktionäre den Dauerbefürsorgten vorrechnen zu lassen, wieviel sie der Stadtverwaltung kosten. Es wäre zu begrüßen, würden in den Tagesheimstätten der Stadtverwaltung zwei "Sorgenfreie Tage" eingeführt werden. Auch die bessere inventarische Ausgestaltung der Tagesheimstätten findet das Wohlgefallen der Redner. Abschließend spricht er sich noch einmal gegen die Benachteiligung der Eltern von Kindern in privaten Kindergärten sowie der Befürsorgten in den konfessionellen Altersheimen aus, denen eine gehobene Rente vorenthalten wird.

Namens der ÖVP dankt er allen Mitarbeitern im Wohlfahrtswesen für ihre vorbildliche Arbeit und erklärt, daß seine Fraktion den Ansätzen zustimmen wird.



GR. Gratzl (SPÖ) stellt fest, daß das Wiener Wohlfahrtswesen in den letzten Jahren eine bedeutende Ausdehnung erfahren hat, besonders auf dem Gebiet der zusätzlichen Leistungen in der Betreuung der alten Wienerinnen und Wiener. Die Belastungen der Gemeinde Wien durch das ASVG sind sehr groß. Trotzdem nehme man diese Belastung sehr gerne in Kauf, da sie doch den Bedürftigsten zugute kommt. Die Ausgaben auf dem Wohlfahrtssektor sind im kommenden Jahr fast doppelt so hoch, obwohl die Zahl der Befürsorgten immer kleiner wird. Durch diese Verringerung bei erhöhten Ausgaben wird eine bessere und individuellere Betreuung der Befürsorgten erreicht. Im Mittelpunkt soll ja immer der Mensch und nicht der Akt stehen (Beifall bei der SPÖ).

Besonders segensreich hat sich die Landaufenthaltsaktion ausgewirkt. Eine Reihe von Befürsorgten kam durch diese Aktion zum ersten Mal in ihrem Leben auf Urlaub. Großes Augenmerk wurde auch der Ausgestaltung der Tagesheimstätten zugewendet. Zum Wunsch auf ihre Vermehrung ist zu sagen, daß ihre Zahl ständig größer wird, wobei es aber vielleicht Schwierigkeiten bei der Bereitstellung von Lokalen gibt. Der Wunsch des GR. Peterlin nach Einführung eines zweiten "sorgenfreien Tages" wurde auch innerhalb der sozialistischen Fraktion schon geäußert und auch darüber verhandelt. Diese Aktion bedeutet ja für die alten Menschen sehr viel. Man müßte trachten, bei der Bundesregierung eine Erhöhung ihrer Beitragsleistung hierfür zu erreichen. Schließlich sind 70 Prozent aller Tagesheimstättenbesucher Sozialrentner. Ein "sorgenfreier Tag" kostet die Gemeinde ungefähr 70.000 Schilling.

Mit großer Freude kann der Ausbau der Kindergärten begrüßt werden. Die Kinder sind heute durch diese Einrichtung nicht mehr der Straße überantwortet, sondern werden von der Gemeindeverwaltung in mustergültigen Kindergärten und Horten betreut. Gleichfalls begrüßenswert ist die Fortsetzung der Bautätigkeit auf dem Sektor der Kindergärten. Wien ist auf dem Gebiet der Fürsorge schon jahrzehntelang Weltstadt, leider mit einer Unterbrechung zwischen 1934 bis 1945 (Beifall bei der SPÖ).

./.



Erfreulich sind auch die Leistungen des Wiener Jugendhilfswerkes, das in diesem Sommer 30.000 Kindern einen Ferienaufenthalt in den schönsten Gegenden Österreichs in mustergültigen Heimen ermöglichte. Mit dieser Aktion hat die Gemeindeverwaltung dazu beigetragen, den Kindern neue Kraft und neue Lernfreude zu geben.

Die heuer erstmalig gewährte zusätzliche Hilfe in Form des 13. Pflegegeldes für die Pflegeeltern sowie die Erhöhung des Pflegegeldes für die sogenannten Großpflegefamilien haben gleichfalls allgemeine Zustimmung gefunden. Auch hier geht die Gemeinde beispielgebend voran. Beim Bund war es leider nicht möglich, derartiges zu erreichen. Es ist eine schöne und humanitäre Leistung, die in dieser Verwaltungsgruppe zum Ausdruck kommt. Diese Leistungen dienen den Kindern und den Alten unserer Stadt. Der Redner dankt abschließend allen Bediensteten dieser Gruppe, den Kindergärtnerinnen und Kinderwärterinnen und den Fürsorgerinnen. Sie haben mitgewirkt, ein schönes Werk, das besonders den Sozialisten dieser Stadt ans Herz gewachsen ist, fortzusetzen und auszubauen zum Wohle des Volkes, zum Wohle unserer Stadt! (Beifall bei der SPÖ)

Vizebürgermeister Honay stellt in seinem Schlußwort fest, daß die Vielfalt der Arbeit dieser Gruppe schon aus den 36 Anregungen und den drei Anträgen, die von den Debatterednern gestellt wurden, zum Ausdruck kommt. Er sei für diese sehr dankbar. Zur Erhöhung der Richtsätze ist zu sagen, daß diese Verbesserung in gemeinsamer Arbeit ermöglicht wurde. Die Belastung, die der Gemeinde durch das ASVG erwächst, ist ungeheuer groß, doch muß man objektiver Weise sagen, daß durch das ASVG auch die Zahl der Dauerbefürsorgten gesunken ist. Wäre die Einführung der Arbeiterrente nicht erfolgt, wäre die Zahl der Dauerbefürsorgten nicht in dem Maße gesunken. Die geforderte Erhöhung des Heizzuschusses würde der Gemeinde eine Mehrbelastung von einer halben Million Schilling bringen.

Das Problem der Vereinsamung der alten Menschen ist in letzter Zeit viel diskutiert worden. Durch die Überalterung ist sie zu einer sehr ernstesten Angelegenheit geworden. Ob sich diese Leute jedoch auch im Sommer in geschlossenen Räumen aufhalten würden, ist sehr fraglich. Die Gemeinde plant die Errichtung eines Altersspitales.

Das Problem der Besetzung der Kindergärten ist sehr schwierig.



Es gibt Bezirke, in denen die Stadtverwaltung keine Bauten auf-führen kann und daher die Zahl der Kindergartenkinder nur sehr gering ist. Es gibt in solchen Bezirksteilen Gruppen mit nicht einmal 15 Kindern, die aber trotzdem aufrechterhalten werden müssen. Es wird aber kaum möglich sein, wie GR. Lauscher meinte, die Kinder mit Autobussen aus anderen Bezirken dorthin zu bringen, da die Mütter ihre Kinder nicht regelmäßig und pünktlich in den Kindergarten führen. Zur Forderung nach Schaffung von Heim-schulen und Horten ist zu sagen, daß nicht nur die eigenen Horte vermehrt wurden, sondern daß auch die privaten Horte von der Gemeindeverwaltung finanziell unterstützt werden.

Das Verlangen von GR. Lauscher, auf den Schwarzenberg-gründen einen Sommerkindergarten zu errichten, werde der Referent prüfen lassen. Was den Antrag auf Errichtung eines Gesellenheimes betrifft, so hat die Stadt Wien die Absicht, in der nächsten Zeit eine aufgelassene Schule in ein solches Heim umzuwandeln.

Vizebürgermeister Honay weist auch darauf hin, daß das Budget für die allgemeinen Stipendien nicht gekürzt wurde, es sind 3,6 Millionen Schilling.

GR. Peterlin verlangte eine Unterstützung der privaten Kinder-gärten. Diese alte Forderung der ÖVP gehört in das große Problem der konfessionellen Schulen und der Unterstützung. Hier müsse die Regelung auf Bundesebene abgewartet werden.

Der Referent beantwortete dann noch einzelne Fragen und An-regungen der Debatteredner wegen der Schwangerenberatung, Ge-burtsbeihilfe, den Muttertagsfeiern u.a. Vizebürgermeister Honay schließt seine Ausführungen mit dem Dank an die Debatteredner für das bewiesene Interesse und ersuchte um die Zustimmung zu den Ansätzen seiner Geschäftsgruppe.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des IV. Hauptstückes einstimmig angenommen, die Anträge der VO und der Antrag der ÖVP werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.



Fälligkeitstermine der Abgaben der Stadt Wien im Jänner  
 =====

17. Dezember (RK) Im Jänner 1958 sind nachstehende Abgaben fällig:

10. Jänner: Ankündigungsabgabe für Dezember,  
 Getränkesteuer für Dezember,  
 Gefrorenessteuer für Dezember,  
 Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die  
 zweite Hälfte Dezember.
14. Jänner: Anzeigenabgabe für Dezember,  
 Ortstaxe für Dezember.
15. Jänner: Lohnsummensteuer für Dezember.
25. Jänner: Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die  
 erste Hälfte Jänner.

- - -

Entfallende Sprechstunden  
 =====

17. Dezember (RK) Donnerstag, den 19. Dezember, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für Wirtschaftsangelegenheiten Bauer.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 17. Dezember  
 =====

17. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 16. Neuzufuhren: 9631. Gesamtauftrieb: 9647. Verkauft alle.

Preise: Extremware 14.- S, 1. Qualität 13.50 bis 14.- S, 2. Qualität 13.- bis 13.50 S, 3. Qualität 12.- bis 13.- S, Zuchten 11.50 bis 12.50 S, Altschneider 9.50 bis 11.- S. Der Durchschnittspreis für Inlandschweine erhöhte sich um 20 Groschen je Kilogramm und beträgt 13.30 S.

- - -



Ein Geschenk der Stadt Wien für die "Wien"  
=====

17. Dezember (RK) Der Präsident des Senates der Freien und Hansestadt Hamburg und der Vorstand der Hamburg-Amerika-Linie in Hamburg haben Bürgermeister Jonas für Samstag, den 21. Dezember, zu der Probefahrt des neuen Motorfrachtschiffes "Wien" eingeladen. Wegen der wichtigen Beratungen im Wiener Gemeinderat über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das kommende Jahr mußte sich der Bürgermeister entschuldigen lassen. Der Leiter des Präsidialbüros des Wiener Rathauses, Senatsrat Dr. Kutil, wird als Vertreter der Stadt Wien an den Feierlichkeiten teilnehmen und ein Geschenk der Stadtverwaltung für das Motorschiff überreichen. Es handelt sich dabei um künstlerisch ausgeführte Wandteller mit Wiener Motiven für die Kajüte der "Wien".

- - -



Die Wiener Gesundheitsverwaltung  
=====

Vizebürgermeister Weinberger (ÖVP) referierte über die Wiener Gesundheitsverwaltung. Die Ausgaben für die Geschäftsgruppe V sind mit 871,8 Millionen veranschlagt. Diesen stehen Einnahmen von 442,9 Millionen gegenüber. Heuer waren es 779,4 Millionen Ausgaben und 383,9 Millionen Einnahmen. Für 1958 ergibt sich ein Abgang von 428,9 Millionen Schilling, um 33,4 Millionen mehr.

Die Bedeutung und Wichtigkeit einer gut und reibungslos funktionierenden Organisation des Gesundheitsamtes ist der Allgemeinheit viel zu wenig bekannt und wird im allgemeinen gar nicht beachtet. Nur in Krisenzeiten, wenn da und dort einmal einige Krankheitsfälle bestimmter Art gehäuft auftreten, was oft auch rein zufällig vorkommen kann, und diese, von sensationslüsterner Seite aufgegriffen werden, dann schreibt, spricht und hört man wieder oft mehr als notwendig wäre von diesem oder jenem Zweig des Gesundheitsdienstes.

Ich habe schon im Vorjahr das Ergebnis der Arbeit der Statistiker und die Meinung der Fachärzte erläutert, wonach sich das Krankheitsbild einzelner Infektionskrankheiten wie zum Beispiel des Scharlachs ganz wesentlich geändert hat und einen ganz anderen Verlauf nimmt als vor etwa 20 Jahren. Heuer ist die Zahl der Scharlacherkrankungen gegenüber dem Vorjahr wesentlich zurückgegangen und beträgt bis Ende November 1.110 gegenüber 1.841 im Vorjahr innerhalb des gleichen Zeitraumes, wobei der gutartige Charakter anhält, sodaß wir wie im Vorjahr auch heuer bisher überhaupt keinen Sterbefall mit dieser Todesursache zu verzeichnen haben.

Der Rückgang der Diphtherie scheint, nachdem sie nun bereits ein außerordentlich niedriges Niveau erreicht hat, erstmalig seit mehreren Jahren zum Stillstand gekommen zu sein. Sie erreicht heuer 62 Fälle mit einem Sterbefall gegen 61 mit einem Sterbefall im Vorjahr.

Einen weiteren mäßigen Rückgang zeigen die Darminfektionskrankheiten und erreichen etwa 50 Prozent der Zahlen des Vorjahres: So bei Paratyphus 70 gegen 66 mit einem Sterbefall und bei Ruhr 38 gegen 70 mit einem Sterbefall.



Die Poliomyelitis verläuft wellenförmig in den Grenzen der bisherigen Beobachtungen. Wenn auch heuer mit 118 Fällen gegenüber 70 Fällen im Vorjahr ein Ansteigen zu verzeichnen war, kann im Hinblick auf die Vergleichsziffern der letzten 20 Jahre bei weitem nicht von einem Epidemiejahr gesprochen werden; bemerkenswert aber ist heuer die höhere Sterblichkeit, die mit 24 Fällen 20 Prozent erreicht. Auch diese Zahl ist aber nicht der höchste Prozentsatz innerhalb der letzten 20 Jahre.

Da nunmehr auch eine große Menge von österreichischen Impfstoff zu einem verhältnismäßig nicht allzuhohen Preis zur Verfügung steht, habe ich in einer der letzten Sitzungen des Stadtsenates die Bewilligung zusätzlicher Geldmittel beantragt, um vorerst einmal bei den meist gefährdeten Jahrgängen eine Schutzimpfung durchführen zu können. Da eine gesetzliche Verpflichtung zu einer Schutzimpfung nicht besteht, sollen durch eine entsprechende Aufklärung möglichst viele Kinder der 1. und 2. Volksschulklasse sowie über die Kindergärten die vorschulpflichtigen Kinder ab dem etwa 3. Lebensjahr erfaßt werden.

Viel Unruhe verursachte in den letzten Wochen die Grippewelle. Hier sei vorweg gesagt, daß alle da und dort in den Zeitungen und Berichten genannten Zahlen nur schätzungsweise, also ungefähr die Zahl der tatsächlichen Krankheitsfälle nennen konnten. Die Grippe zählt nicht zu den anzeigepflichtigen Infektionskrankheiten und wird nur beschränkt zahlenmäßig gemeldet. Hier geben uns nur die Meldungen der praktischen Ärzte, die unter dieser Diagnose erfolgten Krankmeldungen bei der Krankenkasse, die Zahl der mit Grippe krank gemeldeten Schüler u.a.m. beschränkte Anhaltspunkte. So wurden im Oktober 124.738 Fälle amtlich ausgewiesen, die in 144 Fällen die Todesursache wurden. Im November wurden dagegen nur mehr 24.162 Neuerkrankungen an Grippe gemeldet und insgesamt an die 60 Sterbefälle. Sobald ein halbwegs allgemein verwendbarer Impfstoff greifbar war, wurde auch hier mit einer Schutzimpfung begonnen, und zwar wurde diese vorerst an den Ärzten und dem Krankenpflegepersonal des Anstaltenamtes durchgeführt.

Bei den an Tuberkulose Erkrankten dürfte die Sterblichkeit im Jahre 1957 etwas niedriger liegen als im Vorjahr. Dabei ist vor allem die Kindersterblichkeit an Tuberkulose nach wie vor äußerst gering. So ist heuer noch kein Kleinkind an Tbc gestorben. Im



allgemeinen kann hier wieder auf Grund der vorhandenen Statistiken und Zahlen gesagt werden, daß der langsame Rückgang der Tuberkulose weiter anhält. Die Ansteckungsgefahr aber ist deshalb nicht kleiner geworden, da die Tuberkulösen heute durchschnittlich viel länger leben als früher. Ende 1956 standen in Wien immer noch 5.765 Offen-Tuberkulöse in Evidenz der Fürsorge.

So wie im Vorjahr wurden auch heuer wieder mit unserem Schirmbildgerät die Röntgenreihenuntersuchungen der Stellungspflichtigen durchgeführt. Diese Untersuchungen haben wohl eine geringere Anzahl von aktiven Tuberkulösen ergeben als die Untersuchung der Stellungspflichtigen im Jahre 1956, doch sind die gefundenen Zahlen nicht unbedeutend.

#### Die Gesundenuntersuchungsstellen

Die Gesundenuntersuchungsstellen haben sich in den nunmehr sieben Jahren ihres Bestehens bestens bewährt und können manch schönen Erfolg ihrer Arbeit aufweisen. Vom 30. Oktober 1950, an welchem Tag mit der Tätigkeit in den ersten zwei Untersuchungsstellen begonnen wurde, bis zum 30. Oktober 1957 wurden insgesamt 40.850 Personen, davon rund  $\frac{1}{4}$  Männer und  $\frac{3}{4}$  Frauen untersucht. Hierbei wurden 2.166 karzinomverdächtige Befunde erhoben und daraufhin die entsprechenden ärztlichen Maßnahmen eingeleitet, wobei sich in so manchen Fällen bei der Operation ergab, daß nur durch die Früherfassung die Betroffenen von einem langjährigen qualvollen Siechtum bewahrt blieben. Außerdem wurden bei über 22.000 der Untersuchten andere behandlungsbedürftige Leiden festgestellt.

So erfreulich es ist, daß sich diese neue Einrichtung so bewährt hat und so, ich möchte fast sagen, beliebt sie geworden ist, so schwierig und immer komplizierter wird die weitere Tätigkeit, da infolge der wenigen zur Verfügung stehenden Untersuchungsstellen sich leider immer noch viel zu lange Wartefristen ergeben, die immerhin noch mehrere Wochen, bei den Männern mitunter sogar noch einige Monate betragen. Ich muß wieder darauf hinweisen, daß sich die Eröffnung von etwa zwei Stellen nicht mehr wird länger hinauschieben lassen.



### Mit Fluor gegen Zahnkaries

Der schulärztliche Dienst wurde weiter intensiviert. Die fachliche Ausbildung wurde durch die Einbeziehung weiterer Ärztekreise in die Schulärztekurse auf eine breitere Basis gestellt. Von den Wiener Schulzahnkliniken wurde im Februar 1956 in einigen ersten Volksschulklassen und einigen Kindergartengruppen mit der probeweisen Prophylaxe der Zahnkaries durch Fluorverabreichung begonnen. Diese Aktion erfaßt rund 4.000 Kinder. Die ersten vorläufigen Resultate über den Erfolg dieser Arbeit können erst mit Abschluß des nächsten Schuljahres erwartet werden. Zur Intensivierung der Betreuung wurde für das Jahr 1958 die Errichtung einer Schulzahnklinik-Expositur im 2. Bezirk beantragt. Nach Meinung der zuständigen Fachleute wären für die Randbezirke fahrbare Schulzahnkliniken sehr zu begrüßen.

### Säuglings- und Kleinkinderfürsorge

Derzeit bestehen in Wien 53 Mutterberatungsstellen mit 37 angestellten Ärzten. Die Zahl der Beratungen betrug in diesem Jahre bis Ende September 63.534. Während der erfreuliche Anstieg der Zahl der Lebendgeburten nach wie vor anhält - im Jahre 1955 betrug die Zahl der Lebendgeburten 11.839, im Jahre 1956 13.222, und in diesem Jahr ist mit einer Geburtenzahl von 14.000 bis 15.000 zu rechnen -, ist leider noch immer keine Senkung der Säuglingssterblichkeit eingetreten. So belief sich die Säuglingssterblichkeit im Jahre 1956 auf 46 je 1.000 Lebendgeburten. Wien weist leider die zweithöchste Säuglingssterblichkeit auf, die lediglich noch vom Burgenland etwas übertroffen wird. Ein großzügiger Ausbau der Schwangeren- und Neugeborenenfürsorge ist daher dringend geboten.

### Die Krankenanstalten

Die Kosten für die Wiener Krankenanstalten werden, wie Vizebürgermeister Weinberger feststellte, von Jahr zu Jahr höher. Es ist damit zu rechnen, daß diese Entwicklung auch noch in den nächsten Jahren anhalten wird. Heute weiß jeder Patient, daß er sich im Krankheitsfalle am besten in Spitalspflege begibt.



Die durchschnittliche Lebenserwartung, die vor einer Generation noch 40 bis 50 Jahre betrug, ist heute auf rund 70 Jahre gestiegen. Ältere Menschen aber werden häufiger krank und sind dann länger pflegebedürftig als jüngere. Der Fortschritt der Medizin bringt ein Mehrfaches - man behauptet, das Sechs- bis Achtfache - an Vermehrung der Arbeit des Krankenpflegepersonals mit sich. Der Nachwuchs an Krankenschwestern entspricht nicht mehr dem Bedarf, obwohl der Nachwuchs gar nicht schlecht ist. Es ist zu hoffen, daß die schon getroffenen Verbesserungen für die Schwestern-Schülerinnen und noch weitere Maßnahmen dazu beitragen werden, die Liebe zu diesem schönsten, aber auch verantwortungsvollsten aller Frauenberufe neu zu beleben und zu vertiefen. Allen Wiener Mädeln aber sei der Rat weitergegeben: Wenn Ihr etwas Großes tun, wenn Ihr Euren Mitmenschen helfen wollt, dann werdet Schwestern!

Der Normalbettenstand der städtischen Krankenanstalten wird im Jahre 1958 12.550 Betten betragen. Die Zahl der Verpflegstage wird für 1958 mit rund 4 Millionen angenommen. Die Einnahmen der Spitäler sind mit rund 275 Millionen präliminiert, denen Ausgaben in der Höhe von rund 586 Millionen gegenüberstehen, sodaß sich ein Abgang von rund 311 Millionen Schilling ergibt. Das ist eine gewaltige Summe. Von den Ausgaben entfallen 335 Millionen auf Personallasten, 226 Millionen auf Sachausgaben und 25 Millionen auf Investitionen.

Auf den Verpflegstag umgerechnet werden die Einnahmen im Jahre 1958 durchschnittlich 69 S betragen, während die Ausgaben mit rund 146 S angenommen werden. Pro Verpflegstag ergibt sich daher eine Differenz von 77 S, die von der Stadt Wien, bzw. aus Steuergeldern zugeschossen werden muß. Die Verpflegsgebühren betragen in der I. Klasse 110 S, in der II. Klasse 90 S und in der III. Klasse 70 S. Die Krankenkasse leistet dazu ab 1. Oktober 1957 ganze 56 S! Rund 85 Prozent aller Spitalpatienten sind Versicherte der Krankenkassen.



### Die Bettensituation

Die Bettensituation war auch im Sommer 1957 sehr angespannt, weil durch die Um- und Zubauten eine sehr große Zahl von Krankbetten nicht belegbar war. Künftig sollen die vorgesehenen Adaptierungsarbeiten, soweit dies möglich ist, zentral eingeteilt und gelenkt werden. Für die Zeit des stärksten Bettenbedarfes, das ist in den Frühjahrsmonaten, werden wieder im ehemaligen Infektionskrankenhaus zwei Pavillons mit 250 Betten als medizinische Abteilung geführt werden. Auch das St. Rochusspital soll wieder vorübergehend belegt werden.

### Die Jugendfürsorgeanstalten

In seinem Bericht über die Jugendfürsorgeanstalten erwähnte Vizebürgermeister Weinberger, daß im Heim für körperbehinderte Kinder in Rodaun die im Vorjahr begonnene Elektro- und Unterwassertherapiestation fertiggestellt und mit den erforderlichen Apparaten und Einrichtungen ergänzt wurde, sodaß diese Abteilung vor wenigen Wochen der offiziellen Benützung übergeben werden konnte.

In allen Lehrlingsheimen wurde an der Instandsetzung und Erneuerung der Außenfassaden weitergearbeitet, aber auch in den Heimen selbst durch verschiedene Adaptierungen und bauliche Umgestaltungen die Heime vielfach zweckmäßiger und auch freundlicher und netter gestaltet.

### Die Altersheime

Die Erneuerung der städtischen Altersheime wurde auch im Jahre 1957 mit einem Kostenaufwand von 7,500.000 Schilling im Budget und einer Million Schilling im Zusatzprogramm fortgeführt. Für die Inventaranschaffungen wurden eine Million Schilling aus dem Budget und ein gleich hoher Betrag im Zuschußprogramm aufgewendet.

Aus diesen Mitteln wurde im Altersheim Lainz Pavillon V und VII fertiggestellt. Mit dem Umbau des letzten noch im argen befindlichen Pavillon IX wurde begonnen. Er wird mit einer Zentralheizung ausgestattet, jedes Zimmer erhält Warm- und Kaltwasseranschluß sowie eine Ruf- und Radioanlage.

Auch die Veranden des Lungenpavillons werden durch Glas-



verbundfenster verschlossen, sodaß diese als Aufenthaltsräume benützt werden können.

Die Bauarbeiten an den Fassaden und Dächern des Altersheimes Baumgarten sind beendet.

Im Altersheim Liesing wird der Umbau der Schlaf- und Krankenzimmer im Altgebäude noch heuer abgeschlossen werden.

Auch im Altersheim, bzw. der Heilanstalt Klosterneuburg wurden bereits bedeutende Mittel für die Instandsetzung aufgewendet.

Im Altersheim St. Andrä schließlich wurde der Saal mit Kinossesseln neu ausgestattet.

Die Kinderabteilung im Altersheim Lainz verfügt derzeit über 85 Betten.

Die Arbeit auf dieser Abteilung ist durch die spezifische Art der Erkrankungen ungeheuer schwer. Diese Betreuung der Kinder aller Altersstufen obliegt insgesamt 21 Schwestern.

#### Heil- und Pflegeanstalten

Die zunehmende Überalterung der Bevölkerung wirkt sich auch in der Zusammensetzung des Pfléglingsstandes der Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranke deutlich aus. Während die Anzahl der an Schizophrenie, Epilepsie, Alkoholismus chronicus Leidenden sich im wesentlichen konstant hält, ist ein stetes Anwachsen der Altersdemenzen zu verzeichnen. Die im Jahre 1958 notwendig werdende Vermehrung um 50 Betten in der Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof" ist ausschließlich auf diese Entwicklung zurückzuführen.

Im Jahre 1956 wurden insgesamt 3.920 Pfléglinge aufgenommen, davon 2.217 Männer und 1.703 Frauen. 1957 bis 30. November dagegen bereits 3.705, davon 2.021 Männer und 1.684 Frauen.

An der Spitze der Einweisungen stehen weiterhin die Fälle wegen Alkoholismus.

Die baulichen Verbesserungen werden im laufenden Jahre sieben Millionen Schilling im ordentlichen Budget und 800.000 Schilling an Zuschußkredit betragen.

In der Heil- und Pflegeanstalt in Ybbs wurde vor allem die Verbesserung der sanitären Einrichtungen fortgesetzt. Die Möglichkeiten der Arbeitstherapie, die ein wichtiges Heilmittel darstellt, werden erweitert.



### Die städtischen Herbergen

In den städtischen Herbergen ist durch eine erhöhte Zuweisung von Wohnungen an die Heimensassen durch die Gemeinde Wien eine fühlbare Erleichterung eingetreten.

Für das Heim in Mauerbach, dessen Gebäude nicht im Eigentum der Stadt Wien steht und das in der Erhaltung einen ungemein hohen Aufwand erfordert, wird versucht, eine zum Unterricht nicht mehr benötigte Schule und vor allem eine örtlich günstiger gelegene Unterkunft zu erhalten.

### Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst

Durch die Inbetriebnahme der Sprechfunkanlage konnte die Schlagkraft des Rettungsdienstes im laufenden Jahre wesentlich gesteigert werden.

Nach einem rund 8monatigen Betrieb läßt sich feststellen, daß der Sprechfunk nicht nur eine Rationalisierung des Betriebes durch eine wesentliche Einsparung von Leerkilometern, sondern in erster Linie eine Vermeidung von bis dahin alltäglichen Verzögerungen bei der Hilfeleistung erbracht hat.

Für den Krankenbeförderungsdienst konnten aus den Mitteln des Zusatzprogrammes 1957 weitere 4 Ambulanzwagen bestellt werden. So sind für die eigentlichen Aufgaben des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes durchwegs Ambulanzwagen neuer Typen in Verwendung.

### Zum Bau des neuen Allgemeinen Krankenhauses

Der Berichterstatter bedauert, daß sich die Planung und damit auch der Beginn des Baues des neuen Allgemeinen Krankenhauses nun schon viele Jahre lang hinzieht. Gewiß, sagte er, es sind auch heuer wieder Gelder für die Planung eingesetzt und es ist zwischenher seither auch manches vorbereitet und getan worden, wenn es aber so weiter geht, wie es bisher leider ging, dann werden wir wohl alle zusammenkaum noch die Grundsteinlegung zum neuen Allgemeinen Krankenhaus erleben. Es sollte so nicht mehr weitergehen und dieses wirklich dringende und drängende Problem in abschbarer Zeit endlich gelöst werden, wenn wir nicht den guten Glauben und das Vertrauen aller, die an diesem großen Werke interessiert sind, schwerstens erschüttern wollen.



Der Erziehungsnotstand

Von 2.295 Kindern und Jugendlichen, die sich am 31. Oktober 1957 in den 16 Heimen der Stadt Wien in Pflege befanden, waren im Alter: 0 bis 6 Jahre 538, 6 bis 14 Jahre 876, 14 bis 18 Jahre 881, davon nur 894 aus intakten Ehen.

Wenn man auch bei objektiver Betrachtung dieser Zahlen leicht geneigt wäre, feststellen zu müssen, daß bei mehr als 80 Prozent unserer Zöglinge das warme Nest eines geregelten Familienlebens fehlt, so darf man nie vergessen, daß die Zöglinge unserer Anstalten in erster Linie wegen ihrer Führungsschwierigkeiten in Anstaltspflege überstellt werden mußten, ganz gleich ob diese nun letzten Endes auf soziale oder wirtschaftliche Notstände oder auf Erziehungsunfähigkeit der Kindeseltern zurückzuführen sind.

Die Aufgabe der Erzieher muß es in allererster Linie sein, die Folgen bereits gemachter Fehler zu beheben und es hieße Teufel mit Belzebub austreiben, wollten wir sie alle die Auffälligkeiten und Schwierigkeiten der ihnen Anvertrauten mit ewigem Verstehen, Erklären und Beschönigen, nicht aber mit richtiger erzieherischer Behandlung beheben wollen.

Wenn in der modernen Erziehung auch von der Anstalt verlangt wird, daß sie der Familie möglichst nahe kommen soll, dann müssen auch für sie dieselben Erziehungsgrundsätze gelten wie für die Familienerziehung.

In einer gesunden Heimsituation sollen die Kinder je nach ihren Schwierigkeiten und geistigen und körperlichen Fähigkeiten in differenzierten Heimen geführt werden.

Die Erziehungsheime der Stadt Wien sind größtenteils alte Bauwerke, die früher einmal ganz anderen Zwecken gedient haben. Die bauliche Erhaltung kostet jährlich Unsummen. Es wäre angezeigt, sich einmal mit dem Gedanken vertraut zu machen, ein richtiges, zweckentsprechendes, modernes Erziehungsheim mit den unbedingt nötigen Spiel-, Sport- und Auslaufmöglichkeiten neu zu schaffen.

./.



Dringend geboten wäre die Schaffung von Gesellen- und Gesellinnenheimen, um den aus den Heimen der Stadt Wien austretenden Zöglingen entsprechende Unterkunft zu bieten. Diese Heime müßten sich allerdings selbst erhalten. Sehr nötig wäre auch die Neueinrichtung, bzw. bessere Ausgestaltung der Erziehungsheime. Größere Beträge müßten hierfür bereitgestellt werden. Auf diesem Gebiet besteht leider auch Personalmangel. Abhilfe wäre vielleicht durch die Gewährung verschiedener Zulagen zu schaffen. Bedeutendes Augenmerk ist der Ausbildung der Erzieher zuzuwenden.

#### Das Altersproblem

Im Jahre 1910 kamen in Wien auf 96 Kinder im Alter bis zu 6 Jahren nur 75 alte Menschen im Alter über 60 Jahre. Die Zahl der Kinder übertraf somit bedeutend die Zahl der alten Menschen. Schon im Jahre 1951 haben wir eine wesentlich andere Situation in Wien: auf nur 56 Kinder kommen 210 alte Menschen. Die Zahl der Kinder überwiegt also nicht mehr, sondern die Zahl der Alten übertrifft die Zahl der Kinder um fast das Vierfache. Aus dem "Jahrhundert des Kindes" ist ein "Jahrhundert der Alten" geworden. In vielen Fällen wird der alte Mensch zu einem hilflosen verlassenen Menschen, weil die kinderreichen Familie zur Seltenheit geworden ist. In anderen Fällen sind nur wenige Kinder geneigt, zu Gunsten der alten Menschen Opfer zu bringen, Opfer materieller oder ideeller Art. Besuche in den städtischen Altersheimen geben davon in erschütternder Art Zeugnis. An der Zeit sei es auch, die Aufnahmeformalitäten in ein Altersheim in dem Sinne zu vereinfachen, daß die Erhebungen über die Zahlungspflicht nicht vor der Aufnahme, sondern nach der Aufnahme des alten Menschen erfolgen. Wenn die Gemeinde Wien für die Offene Fürsorge erhebliche Mittel aufwendet, ist es an der Zeit, eine entsprechende Dotierung auch für die Geschlossene Fürsorge, die Altersheime, die heute eher Alterskrankenhäuser sind, durchzuführen (Beifall bei der ÖVP). Die Errichtung eines Alterskrankenhauses wird unausweichlich werden, benötigt doch der alte Mensch eine eigene Pflege und Behandlung.



Die viel diskutierte Spitalsbettennot wird in der Zukunft zu einem ernstlichen Problem werden, denn Statistiken haben gezeigt, daß nicht die Zahl der Krankheitsfälle, sondern die Dauer der Erkrankungen und die dadurch bedingte Dauer des Spitalsaufenthaltes beim alten Menschen wesentlich größer ist, als beim jugendlichen Patienten. So ist die Spitalsaufenthaltsdauer beim 65jährigen Patienten viermal so lang als beim 20jährigen. Eine Blockierung der Spitalsbetten durch die alten Menschen würde die Folge sein. So stellt uns das Altersproblem heute vor eine Reihe von Entscheidungen, die, nicht rechtzeitig getroffen, erhebliche Folgen und Härten mit sich bringen werden.

Für die nächsten Jahre ist eine weitgehende Ungestaltung und Modernisierung des Altersheimes Baumgarten ins Auge gefaßt. Die Modernisierung anderer Altersheime wäre dringend notwendig.

Vizebürgermeister Weinberger meinte abschließend, er habe mit seinen Ausführungen den Nachweis erbracht, daß die Wiener Gesundheitsverwaltung ordentlich gearbeitet und ihre Pflicht erfüllt hat und sich darüber hinaus ständig um Verbesserungen und die Lösung schwebender Fragen bemüht. Aus diesem Grunde möchte er allen Bediensteten seiner Gruppe für ihre oft aufopferungsvolle Arbeit herzlich danken (Beifall bei der ÖVP). Ehrfurchtvolles Gedenken gebühre dem verstorbenen Mitglied seines Ausschusses Gemeinderat Prof. Dr. Felix Mandl. Ebenso soll Frau GR. Platzer gedankt werden, die seit dem Jahre 1946 Mitglied des Ausschusses war und einige Jahre auch dessen Vorsitzende. Sie hat gewissenhaft und mit viel Anteilnahme und Liebe gewirkt und zur guten Atmosphäre und loyalen Zusammenarbeit innerhalb des Ausschusses beigetragen. (Allgemeiner Beifall)

#### Die Debatte über das Gesundheitswesen

GR. Dr. Christoph (VO) bringt verschiedene Anregungen und Kritik vor. Er beschäftigt sich eingehend mit der Schwesternfrage. Es werde immer Klage über den Mangel an Idealismus geführt, der die Hauptursache für den fehlenden Nachwuchs an Pflegepersonal sei. Er sei der Überzeugung, sagte der Redner, daß es genug junge Menschen gibt, die diesen Idealismus aufbringen.



Aber es sei abwegig, Idealismus zu verlangen, ohne die Voraussetzungen für eine materielle Basis zu schaffen. Die Unterbezahlung ist auch bei anderen Gruppen des städtischen Gesundheitsdienstes festzustellen.

Beim Ärztenachwuchs ist in den Bundesländern bereits ein gewisser Mangel zu beobachten. In Wien ist das nicht der Fall, aber der Redner warnt davor, diese Entwicklung zu übersehen. Sonst wird vielleicht Vizobürgermeister Weinberger einmal in bewegten Worten über den Ärztemangel klagen und den jungen Studenten fehlenden Idealismus vorwerfen, weil sie nicht Medizin studieren.

Der Redner lobte den selbstlosen Einsatz der Wiener Rettung, für die aber acht Wagen zu wenig seien. Schon der Umstand, daß die Ambulanzen des Roten Kreuzes und des Arbeiter-Samariterbundes auch voll beschäftigt sind, beweise die Notwendigkeit einer weiteren Ausgestaltung des städtischen Rettungswesens.

Die Spitäler funktionieren im allgemeinen klaglos, was zweifellos ein Verdienst der Ärzte, der Schwestern und des übrigen Personals darstellt. Die Klagen über schlechtes Essen sind meistens nicht berechtigt. Einzelne Anstalten sind verpflegsmäßig hervorragend geführt, wie zum Beispiel die Poliklinik, während die Verpflegung in anderen Anstalten manchmal zu wünschen übrig läßt. Wien verfügt leider noch immer über keine Trinkerheilstätte. Im Kampf gegen den Krebs wäre nach wie vor zu fordern, daß die Ärzte in den Spitälern in die Lage versetzt werden sollen, auf breitester Basis Krebsprophylaxe zu betreiben.

Die Mütter der Kinder verstehen es nicht, warum man mit der Impfung gegen die Kinderlähmung so lange zuwartet. In der Statistik über die Säuglingssterblichkeit schnidet Wien sehr schlecht ab. Vielleicht könnte eine verstärkte Schwangerschaftsberatung und etwa die Auszahlung einer Schwangerschaftsbeihilfe eine Verbesserung herbeiführen.

Da die Mängel im Gesundheitswesen sehr groß seien, könne die kommunistische Fraktion dem Kapitel V nicht die Zustimmung erteilen.

Gr. Dr. Eberle (ÖVP) stellte in Würdigung der positiven Leistungen des Gesundheitswesens zunächst fest, daß das Krankenhaus Floridsdorf vor der Vollendung steht.



Hier wurde mit großen Mitteln eine Schule in ein Krankenhaus umgebaut, und die Gemeinde verfügt nun im Norden Wiens über ein schönes Spital, das mit den notwendigen Abteilungen eingerichtet ist.

In der Heilanstalt Ybbs wurden große Restaurationen durchgeführt, vor allem hat man die Riesensäle in kleine nette Krankenzimmer umgewandelt. In der Lungenheilanstalt Baugartner Höhe sind sehr wichtige medizinische Errungenschaften zu verzeichnen, sodaß diese Anstalt zu den modernsten Lungenheilstätten zählt. In der Kinderheilstätte Rodaun wurde vor kurzem eine Unterwassertherapie-Station errichtet, in der es möglich ist, verkrüppelte Kinder nach den neuesten Errungenschaften zu behandeln. Auch in den übrigen Krankenanstalten Wiens sind wesentliche Verbesserungen erfolgt.

Wir alle, betonte GR. Dr. Eberle, Stadtverwaltung, Gemeinderat, Ärzte und Schwestern, sind Vizebürgermeister Weinberger zu Dank verpflichtet für die großen Leistungen, die auf diesem Gebiete 1957 erreicht werden konnten (Beifall bei der ÖVP). In seiner langen Amtszeit darf er es für sich buchen, daß trotz der vielen und schweren Verwüstungen, die der Krieg in den Wiener Anstalten angerichtet hat, alle Wiener Spitäler viel schöner und viel moderner dastehen als je zuvor.

GR. Dr. Eberle verwies dann darauf, daß sich nun das Gastärzteproblem seinem Ende nähert und daß sich inzwischen auf manchen Abteilungen ein Ärztenangel bemerkbar macht. Es wäre daher klug, eine Dienstverlängerung der Sekundärärzte und Assistenten anzustreben, um auch eine Situation zu meistern, die in abschbarer Zeit eintreten könnte. Er stellte daher den Antrag, allen Sekundärärzten und Assistenten, die bereits ihre Ausbildungszeit beendet haben, die Möglichkeit zu geben, über eigenen Entschluß ihre Anstellungszeit um weitere drei Jahre verlängern zu können. Zur Frage der Schulärzte sagte er, sie hätte sich bereits wesentlich gebessert. Es wurde ein Kriterium geschaffen, nach dem die Anstellung der Schulärzte erfolgen soll. Dringend notwendig dagegen wären Ärzte für Geburtshilfe in den Schwangerenberatungsstellen, die in den Bezirken errichtet werden müßten. Denn hätten wir in jedem Bezirk eine gut funktionierende Schwangerenberatungsstelle, in der die Mütter etwa alle acht Wochen untersucht werden könnten, würden wir auch manches gegen die Säuglingssterblichkeit erreichen.



Was die Säuglingssterblichkeit selbst betrifft, müßte sie eher Frühgeburtensterblichkeit heißen. Sie ist es jedenfalls, die unsere Säuglingssterblichkeit schwer belastet und wir müssen alles tun, um die Zahl der Frühgeburten herabzusetzen. Der Redner stellt einen weiteren Antrag, vorerst in fünf Wiener Bezirken Schwangerenberatungsstellen mit einem hauptamtlich tätigen Frauenarzt als Leiter zu errichten.

Ein anderes Kapitel ist die Vermehrung der Alterskrankenhäuser, denn mit der erhöhten Lebenserwartung nehmen auch die Alterskrankheiten zu. Wir brauchen solche Spitäler auch schon deswegen, weil die Alterskrankheiten anders verlaufen. Sie müßten genau so geführt werden, wie die übrigen Anstalten. Eine andere dringende Forderung wäre eine eigene Krankenabteilung in der Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof". Was das Brigittaspital betrifft, verwies der Redner darauf, daß es als Krankenhaus gebaut wurde. Nun debattiert man über die Zukunft dieses Objektes und die Allgemeinheit, vor allem die Ärzteschaft, würde dagegen protestieren, würde man dieses Spital jetzt für andere Zwecke freigeben. Die Ärztekammer, sagte er, wäre gerne bereit, dieses Spital weiter zu führen und dort chirurgische Fälle zu behandeln. Es ist unverständlich, meinte er, in einer Zeit des Bettenmangels ein Spital in ein Heim unzubauen. Besorgniserregend sei der Zustand in den städtischen Lehrlingsheimen, in denen freigesprochene Lehrlinge nicht mehr untergebracht werden dürfen. Er regt daher die Schaffung von Übergangsheimen an, in denen die jungen Gesellen etwa ein Jahr nach der Freisprechung noch weiter bleiben können.

Die Frage der Schutzimpfung gegen Kinderlähmung habe den Landessanitätsrat schon längere Zeit beschäftigt. Mit den Impfungen wurde nur zugewartet, weil es keinen geeigneten Impfstoff gab. Jetzt haben wir ihn, und der Redner empfiehlt, ungeachtet der gegenwärtig noch ziemlich hohen Kosten eine Impfung auf breiter Basis in Angriff zu nehmen. Zu diesen Opfern müßte man sich aufschwingen.



GR. Dr. Eberle ersucht, für das Krankenhaus Lainz baldigst eine Kobaltbombe zur Krebsbekämpfung anzuschaffen. Die Anschaffung würde zwar 5 Millionen Schilling erfordern, wäre aber für die kranken Patienten dringend notwendig.

Sehr gut bewährt haben sich die drei bestehenden Blutbanken, doch müßte versucht werden, sie unter eine einheitliche Führung zu stellen. Außerdem müssen sie innig mit der Klinik verbunden sein.

Auf den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses eingehend, stellt der Redner fest, daß es nun an der Zeit wäre, aus dem Stadium der Planung herauszukommen. Er hoffe jedoch, daß es dem Gesundheitsstadtrat möglich sein werde, im kommenden Jahr die Grundsteinlegung zum Neubau des Allgemeinen Krankenhauses feiern zu können (Beifall bei der ÖVP). Bedauerlich sei, daß der Gesundheitschef dieser Stadt nicht in das Planungskomitee einbezogen wurde.

Große Bedeutung komme auch der Schwesternfrage zu. Sicher besteht der Schwesternmangel auf der ganzen Welt, aber vielleicht könnte Wien einen Anfang bei der Lösung dieses Problems machen. Ein besseres Gehalt, bessere Unterkunftsbedingungen und die Möglichkeit, daß sich die Schwestern nur der Krankenpflege widmen müssen, könnten hier viel dazu beitragen. Es müßte daher auch dafür gesorgt werden, daß die Abteilungen mehr Bedienungspersonal bekommen (Beifall bei der ÖVP).

Schließlich möge man auch der technischen Assistentinnen und Laborantinnen gedenken, die für ihre wertvolle Arbeit sehr schlecht bezahlt sind.

Die ÖVP wird den Ansätzen dieses Kapitels zustimmen (Beifall bei der ÖVP).

Gr. Käthe Jonas (SPÖ) betonte, daß eine Stadt, die im Rahmen der Kulturnationen in sozialpolitischer Hinsicht mit an der Spitze stehen will, dies am besten durch die Leistungen beweist, die sie jenen gewährt, die noch nicht oder nicht mehr in der Lage sind, sich selbst zu helfen. Das kommunale Gesundheitswesen steht stets im Blickfeld der Öffentlichkeit. Auf diesem Gebiet hat die Gemeindeverwaltung jährlich große Ausgaben zu tätigen. Auch im Voranschlag 1958 ist hierfür wieder ein Betrag von 872 Millionen eingesetzt, wobei die ansehnliche Summe von 521 Millionen aus Wiener Steuergeldern für diese Einrichtungen verwendet werden muß. Diese große finanzielle Leistung ist nur möglich dank des Fleißes der Wiener



und der pünktlichen und regelmäßigen Steuerleistung des größten Teiles der Bevölkerung.

Die sozialistische Fraktion hat verschiedene neue Wege aufgezeigt, um dem Bettenmangel in den Altersheimen zu begegnen. So wurde angeregt, das Rochusspital als Altersheim zu führen und ein neues Spital für Alterskrankheiten zu errichten. Die Wohnungsanlagen für alte Menschen in den Gemeindencubauten bringen eine große Erleichterung für unsere Alten, weil sie dort keine Stiegen zu steigen brauchen und die Möglichkeit haben, doch unter jüngeren Menschen zu leben und nicht die Einsamkeit zu fühlen (Beifall bei der SPÖ). Die alten Menschen suchen heute erst dann das Altersheim auf, bis sie körperlich nicht mehr in der Lage sind, sich selbst zu helfen. Solange sie können, bleiben sie zu Hause, denn sie beziehen zumeist auch eine Rente.

Seit Jahren werden immer Beträge zum Ausbau der Altersheime bereitgestellt. In Lainz ist man bemüht, die früher offenen Terrassen zu schließen und große Glasveranden zu machen, diese hübsch einzurichten und die Räume einladend zu gestalten. Unbezahlbar ist der Wert dieser Aufenthaltsräume bei Schlechtwetter. Das Altersheim Baumgarten bekommt endlich die so notwendige Installation der Zentralheizung. Ebenso dringend wäre die Kalt- und Warmwasserversorgung der Krankenzimmer. Ein großer Wunsch ist auch eine moderne Ruf- und Radioanlage.

Dankbar sei die Anregung des Vizebürgermeisters Honay vermerkt, man solle versuchen, eine zentral gelegene Schule, die nicht gerade gebraucht wird, für ein Gesollenheim einzurichten.

Das Zentralkinderheim ist heute nicht nur bestrebt, die Kinder körperlich zu betreuen, sondern auch die geistigen Anlagen und Werte im Kinde zu fördern. Diesen Kindern bleibt das Heim das ganze Leben in Erinnerung.

Alle Ärzte, Schwestern und Pfleger in den Krankenanstalten und Wohlfahrtsanstalten leisten in hervorragender Weise ihre schwere Pflicht. Wir dürfen allen diesen Menschen, die ihre Arbeit als eine ethische Verpflichtung auffassen, ein herzliches Danke sagen.

Die sozialistische Fraktion wird den Ansätzen der Budgetgruppe des Gesundheitswesens die Zustimmung erteilen (Beifall bei der SPÖ).



Vizebürgermeister Weinberger dankt in seinem Schlußwort den Debatterednern für ihre Ausführungen. Er beschäftigt sich zunächst mit der Rede von Dr. Christoph und meint, auch er habe die Leistungen dieses Ressorts anerkannt, allerdings auch daneben auf Mängel hingewiesen, die aber zum Teil schon erwähnt wurden.

Es sei selbstverständlich, daß nicht nur der Idealismus allein bei den Krankenschwestern angesprochen werden kann; man müsse vielmehr den Idealismus durch einige Schillinge eine kräftige Unterlage geben.

Der VO-Redner hat auch die großen Leistungen der Rettung besprochen. Ich würde mich freuen, sagte Vizebürgermeister Weinberger, wenn es möglich wäre, die Zahl der Wagen zu vergrößern. Die Konkurrenz zwischen Rettung und Roten Kreuz konnte erfreulicherweise beseitigt werden.

Die Anregung wegen eines Lärmschutzgesetzes kommt zu spät. Er selbst habe ein solches Gesetz bereits angeregt.

Ein Unterschied in der Spitalsverpflegung wird kaum zu vermeiden sein, wie auch eine Hausfrau besser kocht als die andere.

Die Trinkerheilstätte habe er selbst ständig gefordert und er werde sich freuen, wenn sie endlich geschaffen wird.

Die alte Forderung von Dr. Christoph, auch in den Spitälern die Krebsvorsorge stärker zu betreiben, kann immer nur gleich beantwortet werden: dies geschieht jetzt schon. Die Forderung aber, die Dr. Christoph verlangt, ist nach der Meinung der Ärzte nicht zweckmäßig.

Die Impfung gegen Kinderlähmung: Ich hoffe, daß wir recht bald dazukommen werden. Vielleicht schon in der nächsten Woche wird die Stellungnahme des Landessanitätsrates vorliegen.

GR. Dr. Eberle hat wie jedes Jahr aus seiner reichen Erfahrung und Sachkenntnis die positiven Leistungen der Gesundheitsverwaltung anerkannt. Besonders dankbar sei er ihm für seine wertvolle Ergänzung zum Thema Schwangerenfürsorge. Die Anträge des ÖVP-Redners sollten dem zuständigen Ausschuss zur Behandlung zugewiesen werden.



Vizebürgermeister Wein' erger unterstreicht auch besonders, was Dr. Eberle über die Notwendigkeit des Baues eines Alterskrankenhauses gesagt hat.

Er versichert Gr. Dr. Eberle, daß nicht die Absicht bestehe, die Blutbanken in den städtischen Spitälern aufzulassen. Was den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses betrifft, gab er der Zuversicht Ausdruck, daß in abschbarer Zeit doch mit der Grundsteinlegung gerechnet werden kann. Eine Revision der dienstrechtlichen Stellung, eine Verbesserung der Wohnverhältnisse sowie die Lösung verschiedener Berufsfragen der Krankenpflegerinnen bezeichnete er als dringend, meinte jedoch, man wird diese Angelegenheiten nur stufenweise realisieren können. Die Umwandlung des Rochusspitals in ein Altersheim findet bei ihm wenig Anklang, denn er selbst würde lieber dieses Objekt zu einem Alterskrankenhaus umgestaltet sehen.

Abschließend dankte der Berichterstatter für die sachliche Diskussion und bat den Gemeinderat, auch weiterhin um Mitarbeit auf dem Gebiete des Gesundheitswesens. Bei der Abstimmung wurden die Ansätze ohne Stimmen der VO angenommen. Die Resolutionsanträge wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Darauf unterbricht der Vorsitzende GR. Sigmund um 19.10 Uhr die Budgetberatungen. Sie werden morgen, Mittwoch, um 9 Uhr mit der Beratung der Ansätze der Geschäftsgruppe VI, Bauangelegenheiten, fortgesetzt.

- - -